

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Bandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangitz in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Preitzelle ober deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

**Inhalt:** Zum Verbandstage. — Ueber die sogenannten Arbeiter-Kolonien. — Wirtschaftlich- soziale Rundschau. — Wohnungswesen in Hamburg. — Gewerbliche Angelegenheiten. Die englischen Kohlengräber. — Situationsberichte. — Eingelände. — Gerichts-Chronik. — Versicherungswesen. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Familien: Ehrenliste und Feuerrollen.

## Zum Verbandstage.

Der zweite Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands wird am 5. März in Altona zusammengetreten. Wir entbieten den dazu delegierten Genossen unseren herzlichsten Gruß und geben dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Beratungen und Beschlüsse der gesunden Entwicklung, der Ausbreitung und inneren Kräftigung unserer Organisation förderlich sein mögen. Sie ist ja noch jung, diese Organisation!

Nach langen und harten Kämpfen, nachdem die deutsche Arbeiterbewegung die schlimmsten Zeiten der Herrschaft des Sozialistengesetzes, der absoluten Polizeiwirtschaft überstanden hatte, ist sie vor drei Jahren aus den losen Zusammenhängen heraus geschaffen, unter denen, nach der Zwangslage der Verhältnisse, bis dahin zwölf Jahre hindurch die auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation stehende Arbeiterschaft für ihre berechtigten Interessen im Kampfe gegen die Macht des Kapitalismus und gegen reaktionäre öffentliche Gewalten sich betätigen mußte.

Wenn noch etwas gefehlt hätte, die Nothwendigkeit der Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisation darzutun, so ist es der wirtschaftliche Niedergang, welcher sich bereits Ende der achtziger Jahre in ganz empfindlicher Weise, besonders auch im Baugewerbe, geltend machte. Diese immer noch anhaltende Krise hat die Arbeitslosigkeit in außerordentlichem Maße verringert, den größten Theil unserer Berufsgenossen zu längerer oder kürzerer Arbeitslosigkeit verurtheilt. Was das heißt, weiß jeder Arbeiter; es ist gleichbedeutend mit einer erheblichen Verschlechterung der Lebenshaltung. Ist die Lage des Arbeiters schon unter sogenannten „normalen“ Verhältnissen, wenn er Beschäftigung und Verdienst hat, eine solche, die noch weit entfernt ist von wahrhaft menschenwürdiger Existenz, so hat er Noth und Elend in ihrer ganzen Schärfe im Falle der Arbeitslosigkeit zu erdulden. Das Unternehmertum versucht bekanntlich jede derartige Situation für seinen Sondervorteil, zwecks Vermehrung seines Profits, dadurch auszunutzen, daß es, spekulierend auf die Nothlage der Arbeiter, seine wirtschaftliche Uebermacht mißbrauchend, den Werth der Arbeitskraft nach Möglichkeit herunterdrückt, d. h. die Löhne reduziert und überhaupt die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Da die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter das Mittel ist, bezw. die Macht darstellt, das Gegentheil zu bewirken, d. h. möglichst günstige Arbeitsbedingungen vom Unternehmertum zu erringen und zu behaupten, so steht letzteres erfahrungsgemäß Alles daran, diese Organisation zu schwächen und zu sprengen, und so die Arbeiter in den Zustand der Kampfsunfähigkeit, der Ohnmacht zu bringen, mit ihnen ganz nach Laune und Willkür zu verfahren. Wirtschaftliche Krisen erleichtern dem Unternehmertum dieses Bestreben; das Elend der Massen wirkt dann im kapitalistischen Interesse.

Gerade in solch einer für die Arbeiter so schlimmen Situation ist es lebendig die streng zentralistische Organisation, die Zusammenfassung und planmäßige

Verwerthung aller zu gewinnenden Kräfte, welche der Arbeiterschaft einen Rückhalt gewährt und sie befähigt, für ihre berechtigten Interessen einzustehen. Diese Erkenntnis war es ja auch hauptsächlich, welche vor drei Jahren, bereits unter dem Einfluß der entwickelten Krise, als das Unternehmertum seiner Anmaßung und seinem Uebermuth die Bügel schießen ließ, zur Gründung unseres Verbandes führte, wie denn auch die Arbeiter anderer Berufe in derselben Richtung wirkten. Die große Mehrheit der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Proletarier Deutschlands hat sich für die zentralistische Organisation entschieden.

Die Gegner derselben in den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft thäten gut, mit ihrer Verleumdung des Verbandswesens zurückzuhalten und ihr Urtheil nicht aus konfusem persönlichen Gefühl zu schöpfen, sondern von den Thatfachen bestimmen zu lassen. Sie begehen eine Thorheit, wenn sie behaupten: „Was hat denn Euer Verband bis jetzt geleistet? Wo sind die gewonnenen Streiks?“ u. s. w. Die wirtschaftliche Situation, unter der unser Verband geschaffen wurde und sich noch jetzt behaupten muß, ist nicht geeignet dazu, angriffsweise gegen das Unternehmertum vorzugehen; seine Thätigkeit muß sich hauptsächlich darauf beschränken, Angriffe und Eingriffe von der Gegenseite abzuwehren und der Organisation einen guten, gesunden Kern zu erhalten. Was würde existieren, wenn der Verband nicht geschaffen worden wäre? Ein krauses Durcheinander unbedeutender organisirter Bruchstücke. Lokale Organisationen würden sich in den meisten Fällen nicht haben halten können. Wo sie bestehen geblieben oder geschaffen worden sind, da vegetiren sie doch nur höchst kümmerlich, bei jedes Einflusses auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse am Plage.

Freilich, man wendet ein, auch unser Verband umfasse ja nur einen Bruchtheil der Maurer. Daß dem leider so ist, daran trägt wahrhaftig aber nicht die zentralistische Organisationsform die Schuld! Nein, die Ursachen sind hauptsächlich in dem Umstande zu suchen, daß die Arbeitslosigkeit, die ungemein verschlechterte Lage vieler Tausende von Berufsgenossen es denselben unmöglich macht, die materiellen Verpflichtungen einzugehen, welche der Verband seinen Mitgliedern auferlegt, bezw. auferlegen muß, wenn er existenzfähig sein und bleiben soll. Dazu der herkömmliche Indifferentismus der Masse, welcher durch jede wirtschaftliche Krise, die dem Arbeiter den Kampf um's Dasein erschwert, eine Neigung zu erfahren pflegt. Endlich kommt auch in Betracht der leidige Zwist in den Reihen derjenigen Berufs-genossen, die die Nothwendigkeit des organisirten Kampfes gegen den Kapitalismus begriffen haben. Sind auch die Anhänger der Lokalorganisation, der „losen“ Organisation u. s. w., nicht zahlreich, so bewirkt ihre gegen den Verband gerichtete Thätigkeit doch, daß viele Kollegen, welche sich über die einschlägigen Verhältnisse, über das Für und Wider nicht genau Rechenschaft geben können, sich von der Organisation überhaupt fernhalten.

Doch alle diese Umstände, der Entwicklung des Verbandes entgegenstehenden Verhältnisse müssen nun einmal in den Kauf genommen werden. Es gilt, sie muthig und energisch zu überwinden, nicht aber sich von ihnen niederdrücken zu lassen. Diejenigen Berufs-genossen, welche noch fähig sind, ruhig und objektiv die Thatfachen, mit welchen die Arbeiterschaft zu rechnen hat, zu beurtheilen, werden

zu der Ueberzeugung gedrängt, daß die Möglichkeit einer dem Umfange und der Bedeutung unseres Gewerbes entsprechenden, Erfolg verheißenden gewerkschaftlichen Bewegung nur im Rahmen der zentralistischen Organisation gegeben ist.

Zuversichtlich kann unser Verband in die Zukunft blicken, wenn nur die eigenen Mitglieder, vor Allem die Delegirten zum Verbandstage sich hüten, in den folgenschweren Fehler zu verfallen, an der noch jungen Organisation herumzuexperimentiren. Unter der Experimentirsucht hat die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Deutschlands schon so sehr schwer zu leiden gehabt, daß man meinen sollte, die Erfahrung müßte neue Ausbrüche dieses krankhaften Bemühens verhindern. Aber immer wieder will sie sich Geltung verschaffen! Man läßt die Organisation nicht zur Ruhe kommen; man macht sie zum Versuchsfeld für alle möglichen Projekte, ohne daß man im Stande wäre, die Resultate der Durchführung derselben zu ermessen. Dem Ungewissen giebt man nur zu oft das Gewisse preis. Die Experimentirsucht ist bedenklich selbst für alte, festgefügte, gut fundirte Organisationen; jungen, im Aufstehen begriffenen kann sie, besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, geradezu verderblich werden. Ob die einzelnen Einrichtungen, welche eine Organisation getroffen hat, zweckentsprechend und bewährungsfähig sind, darüber können in der Regel nicht die Erfahrungen eines oder zweier Jahre entscheiden, dazu bedarf es längerer Erfahrung. Mißerfolge wie Erfolge sind immer streng objektiv zu beurtheilen. Häufig nennt man Mißerfolg, was keiner ist! So ist es ein grober Irrthum, den Rückgang der Mitgliederzahl an einzelnen Orten auf die Höhe der Beiträge zu schieben. Die wirklichen Ursachen des Rückganges haben wir des Besteren dargelegt.

Auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung einzugehen, halten wir für überflüssig. Wir haben zu jeder der betreffenden Fragen oft und eingehend Stellung genommen. Jeder, der unser Blatt auch nur ein Jahr lang gelesen hat, findet in jeder Nummer Material zur Beurtheilung und Entscheidung dieser Fragen.

Möge denn der Verbandstag, jeder einzelne Delegirte, von deren guten Willen wir überzeugt sein dürfen, seine Pflicht im Interesse unserer Organisation thun, auf daß dieselbe werde, was sie ihren Aufgaben entsprechend sein soll und muß!

## Ueber die sogenannten Arbeiter-Kolonien.

veröffentlicht Dr. G. Berthold in Mayr's „Allgemeines Statistisches Archiv“ eine lehrreiche Abhandlung. Darnach bestanden in Deutschland im Jahre 1892 circa 25 solcher Gründungen des sogenannten „praktischen Christenthums“. Diese gesammten Kolonien verfügen über — 3039 Plätze. Da die Zahl der Wandernden bereits vor einem Jahrzehnt auf 500 000 geschätzt wurde, so zeigt sich schon daraus, immer vorausgesetzt, daß die Arbeiterkolonien sozialpolitisch von Werth wären, was sie aber nicht sind, wie lächerlich das Verhältnis des Bedotenen zu der Wanderziffer ist. Berthold stellt fest, daß im Jahre 1890: 40,2, 1891: 32,0 Prozent der um Unterkunft Bittennden zurückgewiesen werden mußten. Die Wanderbedeilei, dieses deutliche Kennzeichen wirtschaftlichen Nothstandes, läßt sich zahlenmäßig unter den jetzigen Verhältnissen kaum völlig sicher erfassen. Es ist aber doch von Interesse, daß z. B. allein in Berlin im Jahre 1889 12 970, im Jahre 1890 13 197 Weiler aufgegriffen



Wirtschaftlich-sozialer Rundschau.

wurden; verurteilt zu gerichtlicher Haft oder Korrekthaushaft wurden unter Anderen 684 Personen wegen Weiteins, 780 wegen „Arbeitsfäulnis“.

Was die Arbeiterkolonien werth, oder richtiger nicht werth sind, haben wir schon öfter bargelegt. Sie sind die Schöpfung einer kapitalistischen Richtung, die den durch die bürgerliche Wirtschaftsweise außer Brot geworfenen Proletarier auch noch deshalb strafft, weil ihn der Geldsack brotlos gemacht hat.

Wie jammervoll muß es Zehntausenden von Wanderern gehen, wenn Herr Werthold schreiben kann: „... Daß auch die Wanderarbeitsstätten (Verpflegungstationen) für die kälteste Jahreszeit den Wanderern längeren Aufenthalt, bis zwei oder drei Monate, gewähren sollen, halten wir nicht für richtig.“

Die Gesamtzahl der Aufnahmen betrug nach dem Ergebnis der amtlichen Zählkarten in den zwei Jahren 1. April 1889 bis Ende März 1891 in 22 Stationen einschließlich Friedrich-Wilhelmsdorf 15 425, die sich auf 11 088 Personen vertheilten. Das heißt 28,1 Prozent der Karten betrafen wiederholte Aufnahmen derselben Person in den betreffenden Jahren.

Das Wachstum der Zahl der nochmals Aufgenommenen ist stetig. Denn in den Vorjahren 1887/89 entsprachen 13 575 Aufnahmefällen 10 403 Personen; das heißt 23,4 Prozent der Karten lauteten auf dieselben Personen. So sagt denn auch Werthold: „Eine Zunahme der wiederholt die Stationen aufsuchenden ist unbestreitbar.“

Die Dr. Eisenbart-Politik der Kolonienwirtschaft

trübt deutlich zu Tage, wenn man erfährt, daß die häufige Wiederkehr derselben Kolonisten als ein Uebelstand anzusehen sei, dem man vorbeugen müsse durch — verschärfte Bedingungen für die Wiederaufnahme. Dem armen Teufel, den die bittere Noth in die Zwangsanstalt wiederum hineinjagt, wird der Eingang versperrt oder erschwert. Warum ist er auch schon wieder oder noch immer brotlos? Mit seinem kapitalistischen Instinkt drücken die Männer der Arbeiterkolonien, getränkt von „christlicher Warmherzigkeit“, bei einer Wiederaufnahme die Hungerlöhne noch tiefer. In Karlsruh z. B. wird bei der zweiten Aufnahme ein Tagelohn von nur 10 Pfennig vom 15. Tage ab gewährt, bei der dritten nur täglich 5 Pfennig, bei weiteren Ausnahmen erhält der Kolonist überhaupt keinen Lohn mehr.

Dabei sind die Thatfachen der Statistik wahre Geißelstöße für die Wortführer dieser Milderpolitik. Die Unterbringung in Arbeit,“ sagt Werthold, „macht den Kolonien vorläufig immer größere Schwierigkeiten.“

So sieht es in Wirklichkeit aus. Herr Werthold aber meint, die Kolonien hätten den Zweck, die Kolonisten „dauernd sittlich zu heben.“ Eine nette „sittliche Hebung“!

„Vereinfachte polizeiliche Sozialpolitik.“ In erschreckender Weise nehmen, wie dem Landrath des Kreises Einbecken die „Zahl der fremden Wanderer“, welche betteln und landstreichend durch den Kreis ziehen, zu. Da nun aber die fremden Wanderer nicht aus freier Willkür Lust, sondern der Noth gehörend die Landstraße beackern und „betteln und landstreichend“ durch den Kreis ziehen, so giebt damit der Herr Landrath des Kreises Einbeck zu, daß gegenwärtig ein erschreckender Nothstand unter der arbeitenden Bevölkerung vorhanden sein muß.

„Nachdem durch die Einrichtung der Verpflegungstationen dafür gesorgt ist, daß alle mittel- und erwerbslosen Leute, die sich genöthigt sehen, eine neue Arbeitsstätte aufzusuchen, dies mit Hilfe der in den Stationen dargebotenen Verpflegung ohne Inanspruchnahme der privaten Willkürthätigkeit thun können, ist es geboten, gegen alle thörichten Bestrebungen Handverwehungen mit unausweichlicher Strenge vorzugehen.“

„Ueber die Entbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts in der Fortbildungsschule schreiben die „Blätter für soziale Praxis.“ (Frankfurt a. M.) in ihrer neuesten Nummer: Die Verwaltungsberichte der heftigsten Städte Darmstadt, Worms und Wiesbaden für 1892/93 sind losen gerade zurecht erschienen, um die jetzt so viel erörterte Frage nach der angelegentlichsten Unentbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts in gewerblichen Fortbildungsschulen an der Hand praktischer Erfahrungen mit beantwortet zu helfen.

„In der That sind wir es denn auch im Wesentlichen in ihrer jetzigen Gestalt angewendet, mit aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestelltem Schießpulver geladen (etwa 1 Zehll Schwefel, 1 Zehll Kohle und 6 Theile Salpeter). Freilich waren's damals noch recht unschöne Dinger, die Steinmügel mit recht mäßiger Kraft schleuderten, und die berühmten Kanonen des 16. Jahrhunderts, die saute Gerte, die tolle Gerte von Gent usw., würden bei all' ihrer Größe, so wie sie auch den Burgen her Raubritter gegenüber erwiesen, in jetziger Zeit kaum einer Festung Stand einzujagt haben.“

Sprengstoffe und Feuerwaffen.

Als den Vorläufer aller Sprengstoffe dürfen wir mit Recht das griechische Feuer ansehen. Es waren dies Gemische von Salpeter, Schwefel und Harzen, die theils geworfen, theils aus kurzen Röhren geschossen wurden. In den Zeiten, als im Sturm der Völkerwanderung das Römische Reich zerstört worden war und der letzte, vom Christenthum und den Barbaren noch nicht verdrängt, der Rest der Kultur des Alterthums sich nach Byzanz, dem heutigen Konstantinopel, gesammelt hatte, wurde es erfunnen. Mit Granen rühmen die Christen jener Zeit ihn nach, daß es unschlagbar war und selbst auf dem Wasser fortbraute. Zum ersten Male im großen Maßstabe sehen wir es bei der Verteidigung von Konstantinopel gegen die Araber im siebenten und achten Jahrhundert angewandt. Schon damals war das durch und durch verfeuerte Dynamitreich dem Untergange nahe; zu Wasser und zu Lande belagert, drohte Konstantinopel zu Verderben. Damals war es das griechische Feuer, das Rettung brachte.

„Doch ein anderes Bild! Wilde, rothe Haufen, ungeschlagbar wie der Sand am Meere, gegen sie heran, alles verwirrt und versenkend mit Feuer und Schwert;“ so erzählt die Chroniken von dem Einfall der Tataren in Schiefen im Jahre 1241. Deutschland hatte damals Anders — zu thun, als asiatische Völker abzuwehren: es mußte mit seinen Kaisern über deren zeitliche Erblichkeit und Unterwürfigkeit unter den Papst nachdenken. Allein Schisten und Widmen wehrten den Feind ab. Doch schon ehe das böhmische Herz herkam, stellte sich Heinrich II. von Schiefen mit seinem schwerbewaffneten Ritterheer den Feinden bei Wahlstadt (bei Regnitz), voller Siegeshoffnung, vertrauensvoll auf den Schutz der heiligen Jungfrau — zu seinem Verderben! Schon schien der Sieg erkämpft, schon wichen die Tataren, da brachte ein feuriges Obdenbild die Scharen der christlichen Ritter in Angst und Verwirrung; die Schloß ging verloren, und Heinrich II. bedachte mit Tausenden von Leuten die Waisheit. In dem feurigen Obdenbild erkennen wir den Vorläufer unserer Kanonen. Ein Jahrhundert

später finden wir sie denn auch im Wesentlichen in ihrer jetzigen Gestalt angewendet, mit aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestelltem Schießpulver geladen (etwa 1 Zehll Schwefel, 1 Zehll Kohle und 6 Theile Salpeter). Freilich waren's damals noch recht unschöne Dinger, die Steinmügel mit recht mäßiger Kraft schleuderten, und die berühmten Kanonen des 16. Jahrhunderts, die saute Gerte, die tolle Gerte von Gent usw., würden bei all' ihrer Größe, so wie sie auch den Burgen her Raubritter gegenüber erwiesen, in jetziger Zeit kaum einer Festung Stand einzujagt haben.

Die ersten, die das Gewehrfeuer in Aufnahme brachten, waren die Musketen. Sehr begreiflich, daß sie dadurch gegenüber den schwerbeweglichen, schwergepanzerten Ritterheeren ganz Europa sich als fürchterlich, nicht zu überwindender Feind zeigten. — Mehr und mehr wurden nun die Feuerwaffen verbessert: die Handfeuerwaffen, die erst zu ihrer Bedienung eines komplizierten, schweren Apparates bedurften (die ersten Handfeuerwaffen waren schwere, von zwei Personen geschleppte Flinten, die beim Abschießen auf einen gabelartigen Stod aufgestützt wurden, sogenannte „Falsenbüchsen“), erleichtert, die Kanonen verfertigt, so daß sie mit größerer Pulverladung eiserner Kugeln mit stärkerer Gewalt fortzuschleudern konnten. Die Einführung der Sprenggeschosse, der Granaten, vergrößerte die zerstörende Wirkung der Kanonen für die Festungslinie. Die Einführung der gezogenen Röhre gab den Geschossen eine bis dahin unerhörte Treffsicherheit. Da nämlich die früheren runden und aus glatten Röhren geschossenen Kugeln, vom Winde usw. beeinflusst, einen ziemlich unregelmäßigen Flug zeigten und oft, — des besten Ziels, fern vom Ziele einschlugen, brachte man jetzt im Flinten- oder Kanonenlaufe spiralförmig gewundene Rippen an, in die eine oder mehrere Hervorragungen des nunmehr spiralförmigen Geschosses (Spitzkugel) paßten (die kleineren Flintenkugeln trugen keine Hervorragungen, sondern man überließ es dem Druck des explodierenden Pulvers, sie in die Rippen, die „Rige“, des Flintenlaufes hineinzuweisen). Beim Abschießen erhält so das Geschoss außer seiner Flugbewegung noch eine umdrehende Bewegung um sich selbst. Da nun ein

sch drehender, rotirender Körper mit großer Energie das Ziel kreuzt, die Richtung seiner Drehungsweg zu bewahren — wie wir's z. B. an einem bewegten Kreisel sehen —, so erhalten die gezogenen Geschosse gegenüber den glattröhrenigen einen außerordentlich sicheren Gang und damit eine sehr bedeutende Treffsicherheit. Dann ist auch die Geschwindigkeit des Abfließens der Feuerwaffen außerordentlich vergrößert gegen früher; während die ersten Handbüchsen nur alle paar Minuten einen Schuß gestatteten, vermögen die heutigen Repetiergewehre in einer Minute fast hundert Schüsse abzugeben!

Vom Frimtziger (1854—57) datirt eine weitere Vervollkommnung; als die Russen von Sebastopol aus die französische Flotte mit Granaten beschossen, ließ Napoleon III. einige Schiffe mit kammerbestimmten Platten panzern, um sie dadurch gegen die Kanonenkugeln zu schützen; er erlangt somit die ersten Panzerschiffe. Damit begann ein Wettstreit zwischen Panzer und Kanone; um die Panzerkräfte der Schiffe zu zertrümmern, wurden härtere Bombenkanonen gebaut, die mit Pulver gefüllt und beim Ausbruch explodierende Kugeln schossen. Zum Schutz gegen diese wurde der Panzer der Schiffe verhärtet, gegen diese die Kanonen vergrößert und so fort, bis man jetzt bei halbmetrischen Stahlpanzern angelangt ist und bei Kanonen, die Kugeln, von 20 Zentnern Gewicht mit mehreren Zentnern Pulverladung schleudern. Fürchterlicher und verheerender wurden dadurch die Wirkungen der Kanonen; während die früheren Geschosse oft von Duzenden von Kugeln getroffen doch noch unempfindlich waren, da die früheren runden Kugeln in den Holzschiffen nur runde Löcher schlugen, die sich leicht verstopfen ließen, legen die jetzigen Eisenkanonen das Schiff genöthigt außer Gesicht, indem die Bombenkugel sich in den Panzer einbohrt und bei ihrer Explosion ein größeres, unregelmäßig geformtes Loch reißt, das sich nicht so leicht stopfen läßt. Nachdem zur See dieser Kampf zwischen Panzer und Kanone ungedulde Millionen verschlungen, trat im nordamerikanischen Bürgerkriege eine neue, heimtückische Wodwaaffe auf: das Torpedob. Das ist eine Sprengladung gefüllter schwimmender Behälter, gelangt er an das feindliche Schiff heran, explodirt und zerstört damit das Schiff trotz Panzer und Kanonen. Auch hier hat der menschliche Geist Grauenhaftes im Entfenden von Herkennungswerzeugen geleistet. Die ersten Torpedos waren einfache, mit Schießpulver oder einem anderen Sprengstoff gefüllte Behälter, die z. B. am Eingange des gegen den Feind zu sperrenden Hafens verankert wurden und, wenn ein Schiff an sie stieß, infolge einer an ihnen befindlichen Vorrichtung sich entzündeten. Diese runden Torpedos waren natürlich



Wohnungsleben in Hamburg.

I.

2-4 bzw. 5-7 Uhr. Daneben gingen Abendklassen mit Unterricht von 1/8-1/8 Uhr in Oelen, von 1/7-1/8 Uhr in Wörms und von 7-9 Uhr in Darmstadt. Früher hatte der Unterricht nicht so früh am Nachmittag begonnen; die neue Ordnung der Dinge saherte sich jedoch so leicht ein, dass die Frequenz überall regelmäßig weiter stieg und die Schülerzahl-erfolge beispielsweise in Wörms abnahmen. Die Unterrichts-erfolge vollends wurden von der Vermehrung des Wochen-unterrichts an frühen Nachmittagsstunden außerordentlich günstig beeinflusst. Der Darmstädter Verwaltungsrath hebt hervor, dass Betragen, Fleiß und Leistungen, insbesondere in den Zöglingsschulen, recht befriedigend gewesen seien, und der Oberlehrer Bericht sagt noch ausdrücklicher, es sei durch Verlegung des Unterrichts in die Arbeitsstunden ermöglicht worden, die Er-pfänglichkeit für denselben und damit den Erfolg der Fort-bildungsschule überhaupt zu steigern. Diese Thatsachen sprechen doch wohl dafür, dass die Entbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts, von welcher der am 1. October d. J. zur Einführung in Ver-richtende § 120 der Gewerbeordnung ausgeht, auch vom schul-technischen Standpunkt aus, nicht bloß vom kirchlichen, zugeben werden kann. Es ist unstrittig möglich, den Sonntags-Unterricht auf die Nachmittagsstunden passender Wochentage von 1-4 Uhr zu verlegen, indem man sich im Einzelnen bezüglich der Tage und Stunden an die Bedürfnisse der verschiedenen Gewerbe anpasst. Man kann die Zeit, wie das bestmögliche Bei-spiel zeigt, recht gut von den Arbeitgebern erlangen, wenn man nur den Wuth hat, die von fakultativen zur obligatorischen Fortbildungsschule überzugehen. Und die Letztere ist doch wohl der bessere Ausdruck des Interesses für die allgemeine Fort-bildung als die erstere.

Arbeitsbudgets. Eins der besten Mittel, der herr-schenden Klasse den Beweis zu führen, in welcher traurigen Ver-hältnissen die Mehrzahl der Bevölkerung heute zu leben ge-zwungen ist, bildet jedenfalls die Aufstellung von Arbeiter-budgets. Es ist dies ein Theil der Statistik, bei der auch jeder Arbeiter im Stande ist, mit zu helfen, wenn er nur seine Aus-gabe und Einnahme genau bucht. In Wagdeburg hat es ein Schuhmacher unternommen, ein ganzes Jahr lang über seine Arbeitszeit, seine Einnahme und Ausgabe genau Buch zu führen. Seine vorläufigen Resultate ergeben folgendes Resultat:

Er arbeitet im Jahre 1893:
Wochentage . . . . . 286 Tage
Sonntage . . . . . 87
Er arbeitete nicht:
Sonntage . . . . . 15
Feiertage incl. 2 Wochentage und 1 Mai . . . 9
Wegen Krankheit . . . . . 14
Wegen Arbeitslosigkeit . . . . . 4
Summa 365 Tage

Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden betrug 2963 1/2; davon fielen auf den Sonntag 182 1/2 Stunden. Die Durchschnitts-arbeit an Wochentagen betrug somit circa 10 Stunden, die höchste 14 und die niedrigste 1 Stunde. Diese Ausgabe an Arbeitskraft brachte ihm eine Jahres-einnahme von M. 670,84. Davon gehen ab:
Krankengeld à 20 A . . . . . M. 10,40
Beitrag zur Invalidenkasse à 12 A . . . . . 6,24
Ausgaben an Fortnahrung . . . . . 11,62
Summa des Abzugs M. 28,26

Bleibt eine Netto-Einnahme von M. 642,58. Das ist also ein Durchschnittsverdienst von 12,35 1/2 A wöchentlich. Das ist das Einkommen eines Arbeiters, der das ganze Jahr über beschäftigt ist, der sich gewissermaßen noch glücklich preisen muß gegenüber den Tausenden, die infolge ganztägiger oder theilweiser Arbeitslosigkeit noch weit kümmerlicher sich be-helfen müssen.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte Herr G. Wiers, Mitglied der infolge der Choleraepidemie im Jahre 1893 ge-bildeten Gesundheitskommission der ehemaligen Vorstadt St. Georg-Nordseite, im 'Hamburger Fremdenblatt' einen längeren Arti-kel, in welchem er unter Anführung der genauen Wohnungs-verhältnisse, die er während seiner Thätigkeit in der Kommission gründlich kennen gelernt hat, für den der Hamburgischen Bürger-schaft vom Senate vorgelegten Wohnungsfrage-Gesetzentwurf plädiert. In der Einleitung des Artikels beleuchtet der Ver-fasser die von den großen und kleinen Häuptern des Grund-eigentümervereins ausgehende Bekämpfung des Gesetzesentwurfes, die so weit geht, daß diese Hauspatronen sogar nicht die Ein-schränkung gelten lassen wollen, daß die bezugsfertigen Ver-ordnungen des Gesetzes bei bestehenden Wohnungen nur auf offenbar gesundheitschädliche Verhältnisse anzuwenden sind, wodurch gewissen Wohnungszugewanderten und Hausbesitzern ein Schutz gewährt wird, der ebenso wenig im Interesse der bezugsfertigen Grundbesitzer, als im Interesse des Gemeinwohles liegt. Nachdem der Verfasser dann die Gesundheitskommission gegen die von Seiten der Hauspatronen gegen erhaltene Gebäudever-nachlässigung wegen der Verfüggbarkeit der auf dem Gebiete des Wohnungswehns herrschenden Verhältnisse in Schutz genommen, fährt er folgendermaßen fort:

Die nachstehende Schilderung über Wohnungsleben in Hamburg kann natürlich nicht als umfänglich bezeichnet werden. Eine ganze Reihe solcher eblender Höhen konnte zunächst noch nicht in den Kreis der allgemeinen Betrachtung gezogen werden, ebenso muß betont werden, daß hier nur das Wohnungsleben ge-schildert werden soll, und das anerkannt werden muß, daß Hamburg neben diesen jammervollen Verhältnissen gesunde und freundliche Wohnungen in großer Zahl besitzt.

Grundriss muß der Ansicht entgegengetreten werden, daß die schlechtesten Wohnungsverhältnisse in den Gängen und B-Höfen der älteren Stadtheile zu finden seien. Die so oft gerühmte 'Puppenstubenarbeit' findet man sogar weit häufiger hier in diesen äußerlich unansehnlichen Wohnungen vor, als in den modernen Etagenhäusern und Terrassen. Freilich ist der Eingang zu solchen Häusern nicht gerade sehr einladend und ein erwachsener Mensch kann sich oft nur in gebührender Hal-tung durch so einen höflichen Geleitsgang hindurchschleichen. Die alten Hofwohnungen selbst sind aber in der Regel besser als ihr Ruf. Die Häuser sind nur niedrig und mit zahlreichen Fenstern versehen, so daß es den Bewohnern nicht an Licht und Luft mangelt. Gesunde und freundliche Hofwohnungen dieser Art findet man z. B. noch Rennweg und Nikolaisstraße.

Anderer liegt die Sache schon bei denjenigen alten Stadt-theilen, die von neuen Straßenanlagen durch-zogen sind; denn hier haben himmelsanreißende Etagen-häuser den dahinter liegenden niedrigen alten Häusern Licht und Luft genommen, und den gesundheitslichen Werth solcher Durch-brüche um so mehr sinkend gemacht, als sie meistens unter gründlicher Ausnutzung der Terrassen angelegt sind. Ein sehr seltsames Beispiel der Sanierung von Gängevierteln, wie sie nicht selten vorkommt, bietet die Weststraße. Diese Straße hat eine Länge von 380 m, ihre Breite wechselt zwischen 10 und 14 m. Die Gesamtfläche des Blocks ist 202 ar, wovon 47 auf die Straße und 155 ar auf die Grundstücke entfallen. Diese sind meistens nur circa 20 m tief, und es sind 184 ar oder 26,6 Prozent der Grundstücke als kleine Gassen bebaut. Die Straße adäpte im Dezember 1892 2380 Bewohner.

Reizlos alle Wohnungen sind dünnel und bauernd feucht, doch nicht durch Schuld der Bewohner. Es ist traurig, ansehen zu müssen, wie in denjenigen Wohnungen Alles verrottet, wie die Einwohner die Möbel und Waaren verderben und wie sie selbst unter dem Einfluß der mörderischen Dünste leiden. Und dabei werden Manche ihre Behausungen ungern verlassen wollen, weil sie ein kleines Geschäft in diesen Räumen ein-

gerichtet haben, das sie nicht zu verlassen wagen. Was hilft es, wenn der Hauswirth, wie es z. B. im Wädergang in St. Georg ge-schah, die Wände der Wohnung mit seinen überpanzten und so Feuchtigkeit und Schwamm wegens so lange bedeckt, bis ein neuer Miether einzog? Bald zerfällt doch Alles wieder, da muß eben gründlich renovirt werden. In einer gründlichen Renoverung derartiger Häuser schießt sich aber selten ein solcher Hauswirth veranlaßt, da ihn ja Niemand zwingen kann und die Leute ja nur ausziehen können, wenn es ihnen nicht gefällt. Wohnungen dieser Art finden sich in großer Zahl; ich beziehe mich auf die hier bekannt gewordenen im Wädergang in St. Georg, Wörlmannweg, Brauerrechtgraben, Johannsböllwerk, Mittel-strasse, Zweite Kollerstr.

In nicht minderer Grade als Feuchtigkeit und Dünstigkeit beeinflußt der Mangel an Luftstrom die Gesundheit und dadurch den Wohlstand der Bewohner. Auch nach dieser Richtung hin müßte das Wohnungsfragegesetz auf bestehende Verhältnisse angewandt werden. Darf ein Hauswirth auch noch in Zukunft einen Raum, wie z. B. im Kleinen Wädergang, als Schlaf-zimmer für drei Personen vermieten, der eine Höhe von nur 1,80 m hat, bei 2,25 m Breite und 2,25 m Länge? Welche Zustände in Bezug auf Mangel an Luftstrom können nach-gemien werden im Kleinen Wädergang, Brauerrechtgraben, Johannsböllwerk.

Die schlechtesten Wohnverhältnisse Hamburgs findet man in den Kellerkammern. Nicht nur bei älteren Häusern, sondern auch bei solchen, die nach dem Baupolizeigesetz von 1882 entstanden sind, trifft man Wohnteller an, die sich kaum zum Lagerraum für manche Waaren eignen würden, die aber immer noch als Wohnräume für Menschen vermiehet werden dürfen. Der Eingang dieser Keller ist häufig vom Hausflur aus und liegt völlig dunkel, ebenso wie der Vorplatz derselben. Die Höhe der Räume beträgt in der Regel nur circa 2 Meter. Die Fenster ragen in manchen Fällen nur wenig über das Terrain hervor, und wo dies geschieht, schafft dieser Vorzug dem Be-wohner doch nicht genügende Zufuhr an Licht und Luft, weil in den meisten der hier in Betracht kommenden Fälle der Abstand des Nachbarhauses oder der Nachbarplanke ein außer-ordentlich geringer ist. (Weim K. Paludaria z. B. 60 cm) Feuchtigkeit und Schwamm finden sich nicht selten dazu ein. Man mache sich ein Bild von den wohnlichen Zuständen eines solchen Kellers! Es soll ja gern zugegeben werden, daß durch die Art der Wohnweise und die Art des Wohnens die Keller-kammern dieser Kategorie meistens einen doppelt ungesundlichen Eindruck machen. Die vielgerühmte Puppenstubenarbeit findet man hier nämlich nicht, und ist hier auch nicht zu er-warten. Nur die bitterste Noth zwingt die Menschen in solche Höhlen hinein, welche namentlich im Winter, wenn die Leute nicht im Stande sind, genügend zu heizen, in höherem Grade ihre verderbliche Wirkung ausüben. Die furchtbare, mörderische Kollerluft verdrängt die wenigen Säden; zu der Arbeitslosigkeit treten diejenigen Krankheiten, welche die natürliche Folge des Aufent-halts in so ungesunden Räumen sind; und die Ursachen zu weiterer Verarmung, ja Kollersterkung sind gegeben. Keller-wohnungen dieser Art finden sich in allen Stadtgebieten, die vorstehenden Angaben beziehen sich auf Kellerkammern in folgenden Straßen: Alexanderstraße, Alte Brinnerstraße, Kanalstraße, Güntherstraße, Adolphstraße, Kleiner Niddeweg, Kraienkamp, Lange-reihe St. G., Kleiner Niddeweg, Kurze Niddeweg, Nikolaisstraße, Dierckestraße, Hofackerstraße, Rennweg. In den Straßen Renn-weg und Nikolaisstraße befinden sich besonders interessante Keller-bauten. Das von diesen Straßen nach dem Friedrichsflur ab-fallende Terrain hat es nämlich ermöglicht, mehrere Keller unter-einander anzulegen. Es ist uns ein Keller bekannt geworden, der sogar drei Geschosse tief in die Erde hineingehet. Die Woh-nung nach hinten hin noch verhältnismäßig hell, die Luft-zufuhr ist natürlich mangelhaft. Die nach vorn gelegenen Ge-lasse sind im zweiten und dritten Stock z. B. nicht bewohnt. Es hindert aber kein Gesetz den Vermieter daran, auch diese für Wohnzwecke zu vermieten. Und wenn das Wohnungsfrage-

ebenso gut einem feindlichen wie einem feindlichen Schiffe, das in den Hafen einseilt, verberbtlich.

Der nächste Fortschritt war, daß man an Stelle des Schieß-pulvers kräftiger wirkende Sprengstoffe verwendete und die Torpedos nicht durch Verhinderung entzündlich machte, sondern sie durch Betäubungsmittel mit einer an Lande befindlichen elektrischen Batterie verband und Beobachtungsposten mit Fernrohr aufstellte, die, sobald ein feindliches Schiff sich über dem Torpedo befand, dasselbe durch Schluß des elektrischen Stromes in die Luft sprengten. Außerdem konnte man schwimmende Torpedos, sogenannte Fischtorpedos, die außer der Sprengladung einen besonderen Bewegungsmechanismus enthielten, eine Art kleiner Dampfmaschine, die aber nicht mit Dampf, sondern mit flüssiger Kohlen säure oder komprimirter Luft getrieben wurden und eine zigarrtenförmliche Gestalt hatten. Sie brauchten nicht zu warten, bis ein feindliches Schiff in ihr Bereich kam, sondern suchten das Schiff, vom Lande oder einem anderen Schiffe, aus ab-gelassen, selbstthätig auf. Ferner baute man Torpedoboots, sehr schnell bewegliche kleine Schiffe, die mit großer Geschwindig-keit an das feindliche Schiff heranziehen und aus nächster Nähe das Torpedo nach innen auswerfen, und als neueste Fortschritts-maschine sieht man jetzt die Dynamitkanonen, Kanonen, die Torpedos schießen — was bisher nicht gelang, weil bei der Feuchtigkeit des Strohens, das das Geschöß beim Abfeuern im Kanonenrohr erhält, bisher jedes Torpedoboot vollends verberbtlich er-ploirte. Wegen die Torpedos, blieb den Schiffen, nachdem selbst die größte Wachsamkeit sich als selbstthätig unzureichend ge-zeigt, nichts übrig, als sich für den Kriegsfall mit einem mächtigen, einige Meter vom Schiffe abgehenden Ullter von starkem Eisenblech, einem sogenannten Torpedoschutzringe, zu umgeben, an dem die Torpedos hängen bleiben und wegen ihrer Entfernung vom Schiffe unerschädlich exploirten sollten. Nur leider hemmt ein solches Torpedoschutzring die Bewegungs-fähigkeit des Schiffes zum größten Theil, was um so bedenk-licher ist, als infolge des Kampfes zwischen Panzer und Kanone die Kriegskunst bereits auf ein anderes Mittel für den Kampf, nämlich den Sporn oder Widder verfallen war. Man konstruirte das Vordertheil der Schiffe sehr hart und verließ es mit einem eisernen Sporn, den man dem feindlichen Schiffe

in den Bauch zu rennen suchte, um es dadurch in den Grund zu bohren (wie durch ein 'Reifen' 1878 bei Follenstone der 'Große Kurfarth' vom 'König Wilhelm' in den Grund gebohrt worden ist). Diesen Widder gegenüber — einem Kampfes-mittel, das übrigens in ähnlicher Form bereits im Alterthum an den Schiffen der Griechen und Römer vorhanden war — half nur Geschwindigkeit und leichte Beweglichkeit des Schiffes, und alles, was die Beweglichkeit schwächte, wie z. B. das Netz, setzte das Schiff daher der Gefahr des Gerammens aus und machte es kampfuntauglich. — Zum Ueberflus hat man jetzt Doppel-torpedos gebaut, von denen ein Torpedo ohne Sprengladung ein zweites, geladenes nach sich schleift; bleibt das erste im Netze hängen, so wird dadurch das zweite frei, geht sofort nach unten unter dem Netze hindurch und trifft doch das feindliche Schiff.

Doch, wird man hier fragen, wenn die Torpedos sich auf dem Meere als so fürchterliche Bestenigungsmaffen bewährt haben, warum wendet man sie nicht auch auf dem Lande an? Nun, der Grund ist ein sehr einfacher: Das Torpedo ist eine sehr schwere Waffe; ein Torpedo kostet M. 60 000 und noch mehr, und eine solche Summe auszugeben, um ein feindliches Schiff zu vernichten, das viele Millionen kostet, lohnt schon; eine solche Summe auszugeben, um einige Duzend feindliche Soldaten zu tödten, lohnt nicht, denn Maniege sind nicht so werthvoll, sondern lassen sich leichter ersetzen wie — Panzerschiffe! Darum werden Torpedos auf dem Lande in der Feldschlacht garnicht angewandt, sondern nur zur Sprengung von Brücken, von Festungen und dergl. — nun heißen sie aber Minen. So ist jede Festung von einem mehrfachen, weit verzweigten Netze von Minen umgeben, die nur darauf lauern, alles, was sich über ihnen befindet, z. B. eine feindliche Batterie, in die Luft zu sprengen. Uebrigens sind auch die Schiffe der modernen Wasser-kanonen ein kostspieliges Vergnügen; so ein Schiff kostet mehrere hundert Mark — und nach wenigen hundert Schüssen ist das Geschöß abgenutzt und alles Eisen!

Aber die Verwendung der Torpedos wurde erst möglich, als man stärker wirkende Sprengstoffe erfinden konnte. Zur Ladung der Geschöße ist freilich das Schießpulver unersetzlich geblieben, und wird es immer bleiben, denn die heftiger wirkenden Spreng-stoffe, wie Dynamit, sind fast ausschließlich zu ungeladeten, weil sie so gewaltiam wirken, daß kein Kanonenrohr ihnen widerstehen kann, indem sie sich garnicht die Mühe nehmen, die Riegel fort-zuschleudern, sondern einfach das Geschöß vorzerrissen. Um so nützlicher sind sie zu Sprengzwecken, wo es ausschließlich darauf ankommt, eine möglichst zerstörende Wirkung durch möglichst geringe Mengen des Sprengmittels zu erzielen.

Nachdem Nobel 1864 das Dynamit erfunden, wurde daher in kurzer Zeit das früher zu Sprengzwecken ausschließlich be-nutzte Schießpulver verdrängt. Aber seit 1876 begann auch die Verwendung des eigentlichen Dynamits abzunehmen, das aus mit Nitroglycerin getränkter Reisglüh, einer porösen Erd-art, besteht (die aus den Kieselpanzern abgeforderten kleiner Zylinder, der Diatomeen, besteht, ebenso wie die Kreide aus den Kalkpanzern mikroskopisch kleiner Thierchen). Andere, noch stärker wirkende Sprengstoffe begannen seinen Stelle einzunehmen, die vor dem Glycerinamit den wesentlichen Vorzug hatten, weniger gesundheitschädliche Explosionsgase zu entwickeln, von jeder beseitigen Kraft, von der des gewöhnlichen Schwarzpulvers bis zu der des reinen Nitroglycerins, herstellbar zu sein, und besonders vollkommen unempfindlich gegen Kälte und Feuchtig-keit, selbst unter Wasser ihre volle Explosivkraft zu entwickeln, während bekanntlich Schießpulver seine Empfindlichkeit voll-ständig verliert, sobald es feucht wird. Der wichtigste dieser Sprengstoffe, und zugleich gegen Wasser absolut unempfindlich, ist die Sprenggelatine. Durch Auflösung von 10 Pct. Schießbaumwolle in Nitroglycerin erhält man diesen gelartigen, auch gegen unvorzüglichen Stoß und Schlag ziemlich unempfindlichen Sprengstoff. Er wird hauptsächlich zu Sprengungen in äußerst festem Gestein und unter Wasser verwendet. — Etwa 20 Pct. Schwärze ist die Ammoniumsalze: Sprenggelatine, ver-sezt mit Ammoniaksalz und einem kohlensäurefreien (also brennenden) Körper. — Weitere, stärkere Sprengstoffe (nach dem Kataloge einer Dynamitfabrik) sind die Gelatineammine, die aus Sprenggelatine mit Natriumchlorid und kohlensäurefreien Körpern bestehen, zum Theil noch gemischt mit Schießpulver (einem mit sehr gut verholter Holzgasse bereitetem Schießpulver). — Alle diese Sprengstoffe, denen sich noch die gepreßte Schießbaumwolle (Cellulose) anschließen, sind bedeutend brisanter, d. h. heftiger exploirend, als Schießpulver und haben zum Theil noch die sehr inländischenwerthe Eigenschaft, bei ihrer Explosion schlagende Wetter, die weniger als 5-10 Pct. Sauer-stoffgas enthalten, nicht zu entzünden. (Schluß folgt.)

Interessant ist, daß die sogenannte 'Gummimasse' mit Gummilicht nicht zu thun hat, sondern aus Schießbaumwolle und Kampfer besteht, die in der Wärme zusammengepreßt und in Formen gepreßt sind. Sie ist daher sehr leicht entzündlich und wenn angebrannt, sehr schwer zu löschen — ein interessantes Experiment, einen alten Gummifetzen zu verbrennen. — Billard-bälle bestehen jetzt oft aus derselben Masse.

Bei den letzten deutschen Flottenmanövern wurden, wenn es sich um den Versuch gebandelt hätte, sämtliche Panzer-schiffe von den Torpedobooten in die Luft gesprengt worden sein — und da verlangt man noch Millionen zur Erbauung neuer Panzerschiffe!



gesch in seinen katholicisirenden Bestimmungen auf bestehende Einrichtungen nicht angewandt werden soll, wer will es dann einem späteren Zeitalter, der vielleicht nicht so human wie der jetzige Eigenthümer denkt, verwahren, sein Verstand, voll auszukommen? Wohlwollende Richter wird er schon finden.

Weniger bekannt sind dem großen Publikum die absehbaren Uebelstände, die sich in dem 1810 in der Hamburger Vorstadt: Hier muß Sankel geschloffen werden, und wenn auch einzelne Hauswirthe einige ihrer Kassenwohnungen räumen lassen müßten, um in dem dann verfügbaren Raum entsprechende Anlagen zu schaffen. Daß die Häuser, welche vor 1832 gebaut sind, in den seltensten Fällen einen Dunsfabrig in den Klostern haben, und daß bei vielen der später erbauten Häuser die Klosterräume mit einem so engen Dunsrohr versehen sind, daß die Abfälle Klosterräume in die Gassen hineinströmen, ist zu beklagen. Diese Uebelstände werden aber jedenfalls von wohlgeleiteten Hauswirthen im Laufe der Zeit aus eigener Initiative beseitigt werden. Bedenklicher erscheinen schon Klosterräume in der Schlafstadt, wie solche sich in der Neumannstraße zc. befinden, oder wie im Kleinen Kirchenweg, die sich in der Küche befinden und nur dahin abducken können. Häuser ohne jede Klosterräume sind aber nicht gebildet werden, und doch gibt es davon eine ganze Reihe. Als Beispiel sei hingewiesen auf eine Klosterräume Hofstraße. Diese befindet sich auf einem Hofplatz, besteht aus zwei Etagen mit ungenügender periodischer Spülung und wurde z. B. der Besichtigung von 18 Familien, den Angehörigen eines größeren Geschäfts, und den Arbeitern aus vier Werkstätten benutzt. Die 78 Personen, welche auf diese Anlage angewiesen sind, wohnen resp. arbeiten in den Häusern, welche den Hofplatz umgeben. In welchen Mischständen derartige Anlagen in Krankheitszeiten, oder gar in Zeiten einer Epidemie, oder auch nur zur Nothzeit, sowie dauernd in ständiger Beziehung stören können, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Bedenklich ist, daß bei der oben beschriebenen Anlage der § 130 der Reichsgewerbeordnung nicht zur Anwendung gebracht wird; denn wenn auch die Hamburger Gesetz unsere bürgerlichen Schönmänner nicht vor dem Eintritt bedenklicher Mischstände schützen können, so ist doch die staatliche Behörde in der Lage, auf Grund der Reichsgewerbeordnung, die gewerblichen Anlagen besond eingetragene zu können.

In immerhin günstiger Lage sind aber noch jene Bewohner gegen diejenigen, welche überhaupt keine Klosterräume haben. Es gibt auch solche Grundstücke, und es sind als Beispiele u. A. namhaft zu machen: Eichenweg, Eichenweg, Großer Wäldergang. Im Großen Wäldergang wird ein Wechwerler benutzt, der im Wohnzimmer zwei bis drei Tage stehen bleiben muß, bis nämlich der Gassenkammerwagen seine Fahrt durch die Straßen macht. Dann muß der Einwohner den Bewohnern in den Wagen hinein entleeren und auf dem Hof ausgepült werden!

Aus welchem Grunde derartige Zustände immer noch fortbestehen, sind beschreiben Bestimmungen, war nicht zu erfahren. (1. Red. d. Grd.) In dem einen Fall ist festgestellt, daß eine bessere Einrichtung wegen Eigensinn des benachbarten Grundeigentümers nicht zu beschaffen ist. Der Besitzer jener schiefen Wohnungen erbetet sich nämlich, Sclanachschluß und Klosterräume lassen zu lassen, aber seine menschenfreundlichen Nachbarn, durch dessen Grundstück er mit dem Stiel gehen muß, will ihm dies nicht gestatten. Zum Schaden der Bewohner spielen die Herren Hauswirthe sich auch sonst noch allerlei Schikanen. Ein gewöhnliches Verfahren in diesem Sinne ist das Aufhängen einer hohen Planke oder einer hohen Mauer, um dadurch dem lichen Nachsten sein Grundstück zu verunkeln. So verunkelt jetzt z. B. eine hohe Gartenmauer Barriere- und erste Etage eines Hauses in der Colonaden, eine hohe Planke in der Neuen Bremerstraße etc. ohnehin schon klägliche Kellerräume in der Roskoderstraße.

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Die Organisationsbestrebungen irgend einer Arbeiterkategorie werden vielfach von der Unternehmerrchaft zu einem gewissen Grade ignoriert, so lange nämlich, als ihnen die Bewegung nicht unbenommen wird oder erscheint. Hat die Agitation jedoch an einer besonders empfindlichen Stelle eingesetzt, dann wird Alles aufgegeben, um das sich regende Organisationsbedürfnis in einem Weite von Beobachtungen und Berathungen zu erfüllen. Es wird, nachdem ein früherer Versuch nicht den gewünschten Erfolg hatte, seit Kurzem wieder kräftig agitiert, auch für die Angehörigen des Schlichterzweiges eine Organisation zu schaffen. Eine der Hauptforderungen ist die Beseitigung der sogenannten Stellenvermittlung. Daß eine Forderung der Lage dieser miserabel bedient und epi patriarchalisch, d. h. brutal behandelten Arbeiterklasse nachgerade zur absoluten Nothwendigkeit geworden ist, dürfte jedem Verstandigen einleuchten. Die „Allgemeine Fleischer-Vereinigung“, das Fleischerorgan, bringt es fertig, hier von einer „Auriosität“ zu reden und knüpft daran die traditionelle Aberglaube von dem Verleihen der einzelnen Fleischer durch die Tellerfammlungen. Ohne Zweifel hätten diese „Meister“ im Trabrennport und Hurrah-Patriotismus besser, sich bei Zeiten des Gleichnisses von dem Glashaufe zu erinnern, denn in jeder Nummer des genannten Blattes sind spaltenlang die Sünden dieser fettglänzenden Patrioten aufgeführt, nämlich Verurtheilungen wegen Betrugs, Unterschlagung, Raubmittelschlagung und so fort. Die Schlichterorgane, welche keine Veranlassung haben, mit den Tellerfammlungen Umgang zu treiben, haben ebensowenig Ursache, sich ihre „Brotgeber“ etwa als Vorbild zu nehmen.

Die Münchener Gewerbegerichts-Wahlen, bei denen bekanntlich auch in der Klasse der Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten gelistigt hatten, waren, wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, von M. u. G. einer Regierpartei angefochten und für ungültig erklärt worden. Der Refus der Arbeitergewerkschaft, das Ministerium des Innern ist von diesem Beschlusse worden, so daß nach einer Neuwahl statzfinden hat. Begründet wird die Ungültigkeitserklärung damit, daß die Wähler, die mit Entgelt erschienen, die durch die durch starken Durchbruch kenntlich waren, zurückgewiesen wurden. Bei allen beschriebenen Nachzahlungen verbißt, selbst alle beanstandeten Stimmzettel mitgerechnet, immer noch ein Mehr von 14 Stimmen für die sozialistischen Kandidaten; am so werthvoller sind der Entschluß erschienen.

In Dresden stiegen bei den am 18. v. M. stattgehabten Wahlen zum Gewerbegericht in der Klasse der Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten. Auch die zweite Liste ging durch, so daß auch die eventuellen Vorwähler von unserer Partei sein werden. Die Beseitigung durch eine äußere

Parte; die Hirsch-Dunderlauer hätten auch einen Versuch gemacht, brachten es aber auf kaum 50 Stimmen.

Arbeiterzustände in den Granitsteinbrüchen des Fichtelgebirges. Ueber die granitsteinbrüchigen Verhältnisse der Granitarbeiter des Fichtelgebirges bringt der „Vorwärts“ aus angeblich uninteressanten Kreisen die folgenden Mittheilungen: In den Steinbrüchen, wo die Granitsäulen Höhe von 8-10 bis 12 Meter. Dabei dauert die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Im Sommer kommt es häufig vor, daß die Leute, welche oft Hundentausend bis zur Arbeitsstelle zu laufen haben, es vorziehen, gleich drauß in den Steinbruch auf einem Strohlager zu übernachten, damit sie Morgens, sobald der Tag graut, ihre gefährliche Arbeit wieder aufnehmen können. Auch die Kinderarbeit wird dort in unerträglicher Weise ausgebeutet; hat z. B. ein Arbeiter einen Sohn, der das zehnte Lebensjahr erreicht hat, so muß derselbe dem Vater nach Beendigung der Schule das Mittagbrot nach dem Steinbruch bringen und ihm dann bei der Arbeit behilflich sein. Der Vater häßt zwei Steine auf und der Knabe muß dann mit dem schweren Sackhammer in der Hand die soweit vorgearbeiteten Flächen bis zum Schließen weiter bearbeiten. Das Gewicht eines derartigen Sackhammers beträgt gewöhnlich zehn Pfund; die ganze Kraft des Kindes wird hierauf ab bis zehn Stunden lang in unvernünftiger Weise in Anspruch genommen: Dazu kommt noch, daß es den todtbringenden Staub der Steine einathmen muß, wodurch der Keim der Schwindsucht schon in den Schuljahren in die Lungen der bedauernwerthen Geschöpfe verpflanzt wird. Andere Arbeiter wieder, welche in entfernteren Orten arbeiten und nur Sonntag noch Hause gehen können, bringen nicht so viel Geld mit, daß sie das bezahlen können, was sie des Sonntags bei der Familie verbergen.

Wie die Arbeiter in den Streik getrieben werden, geht aus einer Aufzählung hervor, die der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Mähara u. S. r. a. überliefert wird und in der die Ursachen des Bergarbeiterstreiks in den Steintöhlengruben der Nordbahn näher beleuchtet werden. Hauptursache des Streiks war die schlechte Entlohnung der sogenannten „Wandhauer“ und die Willkür eines Bergvertrages und Betriebsinspektors Mayer. Vor seinem Ausscheiden war es in den Gruben üblich, daß das Holz, welches zur Himmelfahrt in den Gruben benötigt wird, von eigens dazu bestimmten Tagelöhnern zerschuldet und in die Gruben geschafft wurde. Uebrig nach dem Anschnittr Mayer's wurden die Bergarbeiter gezwungen, das Holz vor und nach der Schicht ohne Bezahung zu schneiden und hundertstücken. Außerdem verbotloste man den Bergarbeitern die Kohlendepot früher in Wärdelstohle, seit Mayer's Antritt aber in Aufstöße. Die Bergarbeiter schidten ihren ältesten Bewohner, einen Bergmann Namens Jan. Kusfal, der 24 Jahre in den Gruben gearbeitet, zu Mayer, um Beschwörung zu führen gegen die Neuerungen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, wessen Mayer fähig ist. Er entließ auf der Stelle den Angehörigen der Bergleute, der eine achtköpfige Familie zu ernähren hat, aus der Arbeit und hat in trotz aller Vorstellungen seiner Genossen nicht wieder aufgenommen. Ist das nicht Provokation, ist das nicht Mordthat? Und diese That regt nicht betrieblid da; sobald sich jemand rührt, wird er nach Mayer rüchschuldig auf's Pfahler geworfen, wobei er seine Ansprüche auf die Arbeiterbesitz verliert. Dieser Rücksichtslosigkeit dankt auch der Betriebsinspektor und Bergvertrags Mayer seine rasche Karriere. Die Sünden, die der Mann an den Bergarbeitern verbrochen, sinnen zum Himmel, und wenn der Streik im Ostarrer Kohlenrevier ein allgemeiner wird, so ist es zum nicht geringen Theil ein Verdienst Mayer's. Die streikenden Hundstößer haben einen Schichtlohn von 60, 70 und höchsten 80 Kreuzern bei einer mörderischen Arbeit.

Verzögerung der Arbeitszeit. Das Centralcomité des Schweißerei- und Thypographenbundes hat beschlossen, vom 1. März künftigen Jahres unter gänzlichem Ausschluss der Frühstücks- und Vesperpausen die tägliche Arbeitszeit in der Betriebsbuchdruckerei von 9 auf 8 1/2 Stunden herabzusetzen.

Arbeiterverhältnisse in den Wasmorbrüchen von Massa-Carrara. In Massa-Carrara sind im Ganzen etwa 15 000 Arbeiter in den Steinbrüchen und den dazu gehörigen Industrien und Fabricationen aller Art beschäftigt, 8000 etwa unmittelbar in den Bergen, Schluchten und Höhlen zur Gewinnung des Wasmors. Die Arbeit des Brechens, des Herausholens und der Beförderung der Steine von ihrem Ursprungsorte ist an sich naturgemäß schon eine der allerhöchsten und lebensgefährlichsten, die Mühseligkeit des Schaffens wird aber furchtbar gesteigert durch die sie begleitenden Umstände. Die Arbeit dieser Erzhauerungen ist die weite Entfernung der Heimatorte der Arbeiter von der Stelle, wo sie schaffen müssen. Die Heimatorte stehen in den Schluchten der Gebirge, es sind hauptsächlich die Dörfer Torano, Giffola, Codeno, Veduggano, Calanti und Calonnata, und die große Zahl der Arbeiter haben täglich beim frühesten Morgengrauen in jeder Witterung kilometerweite Gebirgspfade zu klimmen, ehe sie an Ort und Stelle der Arbeit gelangen. Der Durchschnittslohn ist Fr. 2.40 bis zu Fr. 3. Die Arbeitszeit im Gebirge und in den Wasmorhöhlen selbst beträgt im Winter 8, im Sommer 9 Stunden, aber wüthender ist dies nicht die tägliche Gesamtarbeit; denn die Gebirgswegen zu Fuß des Morgens und des Abends von und nach dem Heimatort der allermeisten Wasmorarbeiter kommen dazu, und mit diesen beträgt die tägliche Dauer der Beschäftigung 12-14 Stunden und oft mehr.

**Die englischen Kohlengräber.**

Ueber die englischen Kohlengräber, ihre Lage und ihre Gewerkschaften hat Rudolf Martin in der „Rdn. Ztg.“ eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die allerdings in vielen Punkten eine bedenkliche tendenziöse Färbung vertragen, aber trotzdem Beachtung verdienen. Wir finden darin eine neue Beschreibung der von gewissen Kreisen gelegentlich Thatsache, daß die englischen Gewerkschaften nicht Einrichtungen zwecks Herbeiführung und Erhaltung der sogenannten „Pamontie“ zwischen Kapital und Arbeit, sondern mächtige Kampfgesellschaften gegen den Kapitalismus sind, mögen sie gleich noch zum Theil antipathisch sein.

Der Verfasser führt aus u. A. nach B. A. L. in den Kohlenrevieren, dem Hauptquartier der jüngst antipathischen Kohlengräber, wo er während der letzten 14 Tage vor Beendigung des Ausstehens öfter sich aufhielt. Folgen wir seiner Schilderung: In diesem kleinen Städtchen wohnen ungefähr 25 000 Einwohner, wohnen etwa 5000 Kohlengräber. Hier haben die

Kohlengräber von Northire ihr Vereinshaus gebaut, ein glänzendes Gebäude, das £ 17 000 = M. 810 000 gekostet hat. Es enthält eine Reihe von Säulenhallen für die Geschäfte der verschiedenen Beamten und eine weite, feierliche Sitzungshalle für den Council (Rath) des Vereins. Hier versammeln sich die 146 Delegierten aus den verschiedenen Theilen von Northire zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen unter dem Vorsitz des Mr. Cowe, eines alten, weißhaarigen, markigen Mannes; der früher selbst Kohlengräber war. Doch der Präsident führt nicht selbst die Geschäfte. Diese führt der Sekretär Mr. Bidard, ein liberales Mitglied des britischen Unterhauses. Cowey verhält sich zu Bidard wie ein Handelskammerpräsident zum Handelskammersekretär; Bidard ist der bezahlte Beamte. Sein Gehalt beträgt £ 552 = M. 11 040 jährlich. Er ist als Kohlenarbeiter aufgewachsen, lebt aber jetzt nur dem Bureauismus und verwertet seine mit vieler Energie erworbene, aber aus gründliche Kenntnis des Kohlenbergwerkes mit unermüdlichem Eifer in dem Dienste seines Gewerkschafts. Seit ungefähr zehn Jahren liberales Parlamentsmitglied für den Kohlenplatz Northampton, beherzigt er volkhaft die parlamentarischen Formen und Niemand, der mit ihm in Verbindung kommt, wird vermuthen, daß sich dieser gewandte und so sachverständige Sekretär Jahrzehnte seines Lebens unter der Erde sein Brot verdient hat. Er ist zweifelslos der populärste Mann unter den Kohlengräber Großbritanniens und bei Freund und Feind gleich geachtet. Wenn er als der Führer des Ausstehens auftrat, war und alsbald als Sprecher der Arbeitenden beauftragt, so hat er bestmöglich als Sekretär der Kohlengräber von Northire, sondern in einer zweiten wichtigeren Eigenschaft. Er ist Präsident des Kohlenbergarbeiter-Berandes von Großbritannien. Cowey, der Präsident der Bergarbeiter von Northire, ist außerdem Mitglied der schiedlichen Arbeitsfreilichkeit in der ganzen Welt. In einem solchen Orte wie Barnsley, wo Alles von der Kohlengräber lebt, mußte die Noth ganz besonders groß sein. Eine gut gehende Textilindustrie, wie sie in Barnsley steht, hat in anderen Orten wesentlich dazu beigetragen, die Kohlengräber während des Ausstehens durch Arbeitslöhne der Frauen und Töchter zu unterhalten. Die schrecklichen Folgen eines Ausstehens an dem Plage einer vollständig konzentrierten Industrie zeigen sich darin, daß fast alle Einwohner sich in derselben Nothlage befinden, wodurch ein Jeder der Unterstützung seiner Freunde und Verwandten schlichterhand herab ist. Ich habe eine Anzahl von Familien aufgesucht, die das Bild des größten Elends darstellten. Auch der große Konsumverein zu Barnsley ließ die allgemeinen Folgen der Arbeitslosigkeit erkennen. Dieser Verein zählt in Barnsley und in seinen Filialen auf Kohlenbörsen in der Nachbarschaft über 15 000 Mitglieder und verfügt über ein Kapital von über £ 284 000 = M. 5 680 000. Seit die Arbeitslosigkeit in letzterem August stand, seit dem 1. Juli 1893 bis Mitte November 1893, war der bedeutende Betrag von M. 1 205 000 durch Rückzahlung der Antheile von M. 20 von Kohlengräber zurückgezogen worden. Statt wie früher für M. 200 000 wurden jetzt wesentlich durchschnittlich nur für M. 14 000 Maaren verkauft. Nur das Reichthümliche blieb in seinem Umfang ungeschwächt. Das in der eigenen Kräfte gemästete Weib (Weizenmehl) wurde während des ganzen Ausstehens in dem gewöhnlichen durchschnittlichen Betrage im Werth von M. 42 000 wöchentlich abgesetzt. Nur die Form des Absatzes änderte sich. Die Leute kauften in ungewöhnlichem Maße feines Brot. Die Bäcker des Vereins verkaufte statt wie früher 7000 Maß Brot zu 2 engl. Pfund während des Ausstehens 27 000 Maß Brot in der Woche. Ein Theil der Arbeiter hatte nämlich kein Geld, um gleich 7 Steln (7 Pfund) Weib im Werthe von 8 d (87 A) zu kaufen — pfundweise wird das Weib nicht abgehoben — oder keine Kosten zum Backen. Die Kleider des Vereins schickte in den letzten Wochen des Ausstehens nur die Hälfte der üblichen Anzahl von Weibern. Das Schuh- und das Bekleidungsgeschäft waren auch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Nur eine Unternehmung des Konsumvereins erkreute sich eines noch nicht dagewesenen Zuspruchs, und das war der Lese-Saal und die vorzügliche, reichhaltige Bibliothek, die etwa 10 000 Bände enthalten mag, findet man Planke, Geschäfte der Bäcker ebensowohl als Schäfte „Quintessenz des Sozialismus“, natürlich in englischer Uebersetzung. Der Kohlenbergmann Englands, der ja in der Regel den ganzen Samstag frei hat, ist fast ein ebenso emfiger Leser als Fußballspieler.

Rudolf Martin verifiziert auf Grund seiner Untersuchungen, daß die Lage der großbritanniischen Kohlengräber im Allgemeinen besser sei, als die ihrer Berufsgeossen im übrigen Europa. Er schreibt:

Das durchschnittliche Einkommen eines Kohlenbauers des Kohlengräberbundes von Großbritannien ist, wie schon erwähnt, zur Zeit vielleicht M. 6,50 für den Arbeitstag. Dabei wird aber vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Arbeitswoche von vollen fünf Arbeitstagen anzunehmen sein. Für ganz Großbritannien würde man vielleicht im vergangenen Jahre das Wochenlohn eines Kohlenbauers auf M. 30 oder das Jahreslohn auf M. 1560 veranschlagen können, wenn nicht die Arbeiterkraft der ganzen Provinz Durham drei volle Monate gefeiert hätte. Es dürfte das durchschnittliche Jahreslohn eines Kohlenbauers in Deutschland M. 1000 nicht viel überschreiten. Die Wohnungsmiete ist in Großbritannien im Durchschnitt doppelt so hoch (M. 204 jährlich) als in Deutschland, wo sie sich freilich wieder britische Arbeiter eines eigenen Hauses erfreuen.

Das die Preise der Lebensmittel betrifft, so sind sie nicht wesentlich theurer als im übrigen westlichen Europa. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, sei erwähnt, daß in dem Konsumverein zu Barnsley 1 Pfund (= 453 g) Weizenmehl (nicht Rubsteife) 42-70 d je nach Qualität und 1 Pfund Weizenbrot 1 d = 8/4 kostet. Dabei zahlt dieser Verein eine Dividende von etwa 15 Prozent. Fast die genannten Kohlengräber Englands zahlen keine Abgaben, weder an den Staat noch an die Gemeinde. Die mannschaften Abgaben an die Gemeinde, die auf den Häusern ruhen, werden in der Regel von dem Grundbesitzer und nicht von dem Richter getragen. Die unterste

ähnlich gleiche Geßlitter werden den Beamten anderer Gewerkschaften in England gekostet. Es hat aber noch kein englisches Kapitalorgan die Freiheit besitzen, diese Beamten der Verfassung von Arbeitergewerkschaften zu beschuldigen, eine Freiheit, die der Deutscherproletat bei uns in Deutschland tagtäglich verdirbt. Red. d. „Grundstein“.



Stufe der Einkommensteuer — M 8000 — ist zu hoch, als daß sie von einem gewöhnlichen Arbeiter erreicht würde.

Der Verfasser schließt hieran folgende Ausführungen: Die großbritannischen Gewerkschaften haben ohne Zweifel viel für den englischen Arbeiter geleistet, seinen Lohn verbessert, seine Arbeitszeit verkürzt, mancher gute Einrichtungen, wie die der Kontroll-Arbeiter, geschaffen, die Arbeitermassen organisiert und gebildet.

Die großen Erfolge, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Gewerkschaften errungen hat, sind aber nicht von ungefähr. Der Grund, daß die Gewerkschaften unter den bestehenden Verhältnissen auf die Dauer nicht fähig sind zu sein, dem Anprall der Sozialdemokratie zu widerstehen, liegt darin, daß sie eben nur einen beschränkten Teil des sozialen Friedens gebracht haben, den Wandel von ihnen erwartet hatten.

Der große Erfolg, den die Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Gewerkschaften errungen hat, sind aber nicht von ungefähr. Der Grund, daß die Gewerkschaften unter den bestehenden Verhältnissen auf die Dauer nicht fähig sind zu sein, dem Anprall der Sozialdemokratie zu widerstehen, liegt darin, daß sie eben nur einen beschränkten Teil des sozialen Friedens gebracht haben, den Wandel von ihnen erwartet hatten. Sie vermochten vor allem nicht, die Ausstände zu verhindern, ja, haben sie vielmehr nicht einmal vermindern können. Die Statistik zeigt allein im Kohlenbergbau für das Jahr 1890 nicht weniger als 86 und für 1891 nicht weniger als 120 verschiedene Arbeitsverhältnisse auf.

Was sagen Sie dazu, Herr Dr. Marx? Sie sind so gewarnt, die Sie beständig glauben machen wollen, Ihre Gewerkschaften seien durchaus, im Geiste der englischen, fähig um des sozialen Friedens willen? Wir wußten es längst und die Erfahrung hat es bestätigt, daß die englischen Trade-Unionen einseitig sind, auch ohne „sozialistische Verheerung“ den Kampf gegen den Kapitalismus bis zum äußersten zu führen. Das wird sich aus den folgenden Ausführungen Martin's noch deutlicher ergeben.

Situationsberichte.

München.

Hamburg. In der am Donnerstag, den 22. v. M., stattgefundenen Verbandversammlung wurden vor Eintritt in die Tagesordnung E. Schütz und G. Marx auf die Dauer von vier Wochen zu Diskontrollen ernannt. Alsdann machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 8. März, in der „Festungshalle“ stattfinden wird. Zum ersten Punkt verliest der Kassierer die Abrechnung vom Monat Januar. Darnach betrug die Einnahme und Ausgabe M. 479,10; die Einnahme der Zollaufsätze M. 369,60 und die Ausgabe M. 276, als Kassensstand verblieben M. 93,60.

Die, jedoch in Anbetracht des frühen Dunkelwerdens mühten sie die ersten Tage noch ohne dieselbe arbeiten. Bei einer späteren wiederholten Vorstellung sei ihnen gesagt worden, in diesem Monat sollten sie nur so weiter arbeiten und von der Wespenspause Abstand nehmen. Hieraus könne man sehen, daß die Annahmestelle sich nicht im Geringsten um die Aufrechterhaltung des von ihnen herausgegebenen Lohnzettel's kümmerten. Da die ordentliche Arbeitszeit am Stundenlohn nicht überschritten wird, so wurde diese Angelegenheit für erledigt erklärt. Dann verliest der Bevollmächtigte das Schreiben der Kommission, welche seinerzeit in der öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung gewählt wurde, um die Forderung, Einführung einer Wespenspause im Monat Februar, der hiesigen Innung, Bauhütte zu Hamburg, zu übermitteln, sowie die beiden Antwortschreiben der letzteren, aus welchen hervorgeht, daß die Innung mit der Forderung einverstanden ist. Im Anschluß hieran unterbreitet Redner der Versammlung den Vorschlag, eine formale Sitzung der drei dringlichen Verwaltungen: Zimmerer, Bauarbeiter und Maurer, zwecks Ausarbeitung eines einheitlichen Lohnzettel's stattfinden zu lassen. Diesem treten mehrere Redner entgegen, indem sie anführen, daß dies, wie wir aus langjähriger Erfahrung wissen, wohl wenig nützen wird. Es sei zu erwägen, die Mitglieder ebenfalls, sich keinen Illusionen hingeben. Zur Charakterisierung des Unternehmens verliest derselbe die Helms des Bauunternehmers G. C. M. Durmestier in Hamm, hinter den Hölzen 88, welche verdient, in den Hauptpunkten hier mitgeteilt zu werden. Nach der üblichen Anpreisung geht es vorüber: „Da ich ein junger Anfänger bin, selbst mitarbeitete und mit Rücksicht zu erwerben lüch, so ist mein Prinzip, gutes Material zu verwenden, die Preise so niedrig wie möglich zu stellen und wo es angeht, lüch einen Arbeitermann zu erparen. Ich bitte daher meine Preise gefälligst mit einer anderen Rechnung zu vergleichen. Ich berechne wie folgt: für einen Stellen pro Stunde 65 A., pro Tag von zehn Stunden M. 6,50; für einen Arbeitermann pro Stunde 40 A., pro Tag von zehn Stunden M. 4. Zement pro Sad M. 4, pro Alter 10 A., Altbürgerer Rast pro Sad M. 3,50, Alter 8 A., Holzschalt pro Eimer 60 A., Sand und andere Materialien sind gleich billig. Schriftliche sowie mündliche Zeugnisse stehen den geehrten Herrschaften stets zur Verfügung, bitte darum bei etwaigem Bedarf sich meiner freundschaftlich zu erinnern.“

Altona. In der Mitgliederversammlung der hiesigen Bauhütte am Montag, den 19. v. M., erstattete zum ersten Punkt der Tagesordnung der Kollege Beck Bericht vom Gewerkschaftskomitee. Derselbe sagte an, daß die Arbeitslosenliste nicht anderweitig geregelt werde, das Komitee hätte deshalb davon Abstand genommen. Die Abrechnung beim Kartell hätte sich wegen seiner (Beck's) Krankheit, etwas hinausgeschoben, ist nun aber auch erledigt. Der zweite Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Referent ein Erziehungshindernis hat. Der dritte Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Referent ein Erziehungshindernis hat. Der vierte Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Referent ein Erziehungshindernis hat. Der fünfte Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Referent ein Erziehungshindernis hat. Der sechste Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Referent ein Erziehungshindernis hat.

Wandsbek. Am 20. v. M. tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer, Bauhütte Wandsbek. Der Bevollmächtigte berichtete über die Erfindungen betreffs des Mitglieds Wehling, ebenfalls betreffs Beitragzahlung der Arbeitslosen. Ersterer habe thatächlich in zwei Bauhütten Unterstützung erhalten. Was die Arbeitslosen betrifft, könne der Vorstand diese nicht vom Beitrag befreien, da dies gegen die Satzungen des Statuts verstoße. Da wir noch mit einem erheblichen Manko zu rechnen haben, sand ein Antrag, den Vorstand um M. 50 Vorschuß zur Auszahlung der Reueinstellung zu eruchen, Annahme. Ferner wurde konstatirt, es zähle der Maurerkollege S. Rod seinen Gesellen am Bau (Neberfabrik M. G.) von 60 A. Stundenlohn, weil aber der Genannte Mitglied der Innung, und diese beschlossen haben soll, den Lohn nicht zu reduzieren, wurde die Verwallung beauftragt, an die Bauhütte das Ersuchen zu richten, auf Ersteren einwirken zu wollen, damit auch dort 60 A. pro Stunde bezahlt werden. Nach Erledigung einiger des allgemeinen Interesses betreffenden Sachen erfolgte um 11 Uhr Schluss.

Kiel. Am 21. Februar, Abends 8 Uhr, fand in der Maurer-Verwaltung die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche verfassungsmäßig gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung mußte ein neuer Schriftführer gewählt werden, da der Neugewählte verhindert ist, an diesen Abenden zu erscheinen; die Wahl fiel auf den Kollegen Lange. Zum ersten Punkt wurde über das Statut des Arbeitslosen verhandelt und wurde dasselbe über auf S. 8, worüber später verhandelt werden soll, angenommen. Zur Punkt „Beschriebenes“ waren zwei Kollegen,

welche schriftlich eingeladen waren, angefangt, sich dadurch vergangen zu haben, daß sie Sonntags und nach Feierabend gearbeitet haben. Von mehreren Kollegen wurde dieses Verhalten getadelt und den Betreffenden eine Rüge erteilt. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Verwallung verschiedene Kollegen, welche ihre Beiträge schon längere Zeit schulden, brieflich aufforderte, diese ungesäumt zu entrichten, welches guten Erfolg gehabt habe. Trodem wurde auf Antrag beschloffen, diejenigen, welche bis zur nächsten Versammlung nicht bezahlt hätten, im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Sodann wurde von einigen Kollegen angefragt, ob die Verwallung diesem Kenntnis vom Holtener Schuppenbau habe, bei welchem 50 Mann die Arbeit niedergelegt hätten, weil ihnen im Winter nur 85 A. Lohn pro Stunde, anstatt wie im Sommer 45 A., ausbezahlt wurden. Die Verwallung erklärte, daß ihr von den dortigen Kollegen keine Kenntnis von dieser Angelegenheit geworden sei. Hierbei entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher hauptsächlich die Verwallung der Holtener Bauhütte angegriffen wurde. Schließlich wurden zwei Mann gewählt mit dem Auftrage, die Sache zu untersuchen und der Verwallung die bezüglichen Meldungen zu machen, welche dann dem Hauptvorstand das Ergebnis zu unterbreiten hat. Einige Unkosten sollen von der Bauhütte getragen werden. Sodann wurden noch kleinere Sachen erledigt, worauf die Versammlung um 11 Uhr geschlossen wurde.

Rendebürg. Am 6. Februar tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bauhütte. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, welche als richtig anerkannt wurde; ebenso gab das Protokoll zu Auslegungen keinen Anlaß. Hierauf erfolgte die Neuwahl der dringlichen Verwallung und setzt sich dieselbe wie folgt zusammen: E. Steen, Bevollmächtigter, K. Krambeck, dessen Stellvertreter, G. Gündel, Kassierer, E. Dube, dessen Stellvertreter, W. Hansen, Schriftführer, E. Strom, E. Stiech und F. Johannsen, Neuwahlen. Als Rapporteur wurde Johannsen gewählt. Eine längere Diskussion entstand über ein Mitglied, welche damit endete, daß dessen Zugehörigkeit zum Verband einstimmig anerkannt wurde. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluss der Versammlung um 10 Uhr.

Melsen. Die hiesige Bauhütte des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonntag, den 18. Februar, ihre Hauptmitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung, Wahl der dringlichen Verwallung, wurde als Bevollmächtigter W. Schulze, als Stellvertreter F. Gahr, als Kassierer F. Holzhauer, als Stellvertreter G. Bauer, als Schriftführer S. Schamstow und als Neuwahlen W. Meyer, F. Holzhaus und G. Drögmüller gewählt. Hierauf wurde über das Gewerkschaftskomitee berichtet, da uns Herr F. Gahr die Sache schon vorher klar gelegt hatte. Die Beschlussfassung hierüber wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachher tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bauhütte mit der Tagesordnung: 1. Einrichtung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Stellungnahme zur Stichmaß, 3. Beschriebenes. Der erste Punkt fand schnelle Erledigung, indem sich ein Kollege aufzunehmen ließ. Der zweite Punkt fand seine Erledigung durch die einstimmige Wahl des Stützorgans Kandidaten. Im Punkt „Beschriebenes“ stellte Kollege E. Hohauer den Antrag, eine Exklusionskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, zu wählen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen, und gingen folgende Kollegen aus der Wahl hervor: D. Otto, F. Pomer, G. Gehr, G. Gahr und E. P. Die Kommission hat nun im Einverständnis mit dem ersten Bevollmächtigten zu handeln. Der Bevollmächtigte wünscht, daß Pfingsten, wie üblich, ein Vergnügen stattfindet. Kollege G. Gahr spricht sich dahin aus, daß er nur dann für das Vergnügen stimme, wenn jedes Mitglied 50 A. bezeige, gleichviel ob es auf dem Vergnügen erscheint oder nicht. Die Ansicht G. Gahr's wurde zum Beschluss erhoben. Zum Schluss wurde Kollege G. Gahr zum Bibliothekar gewählt.

Delsenhorst. Am Mittwoch, den 7. Februar, fand im Lokale des Herrn Dume eine Generalversammlung der hiesigen Bauhütte des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Nachdem ein Mitglied aufgenommen und die Beiträge entrichtet, wurde Kollege W. F. F. mit 27 Stimmen als Delegierter zum Verbandstag gewählt. Das Resultat der Wahl der dringlichen Verwallung war folgendes: Kollege W. F. F. erster Bevollmächtigter, Kollege W. F. F. zweiter Bevollmächtigter, Kollege Dietrich Nordbeck erster Kassierer, Kollege P. J. J. zweiter Kassierer. Die Kollegen B. W. G. und S. G. wurden als Schriftführer gewählt. Als Neuwahlen wurden gewählt die Kollegen G. G. G., G. G. G. und G. G. G. Im „Beschriebenes“ wurde der Antrag an den Delegierten der Bauhandwerker vom Kollegen Schulze empfohlen und erfolgte hierauf Schluss der Versammlung um 8 1/2 Uhr.

Burgen. Am 20. Februar fand eine Versammlung der Einzelmitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Nachdem Kollege Kopsch in kurzen Worten die Verhältnisse darlegte, wurde derselbe als Vertrauensmann wiedergewählt und als Neuwahlen die Kollegen K. K. K., A. G. G. und W. W. W. gewählt. Der Vorsitzende gab sodann einen Überblick über die Zahl der Mitglieder und Kassensverhältnisse. Es haben sich abgemeldet 2, abgereist sind 3, die Mitgliedszahl beträgt noch 27. Es wurde sehr getadelt, daß der Maurer Stier, nachdem er den ganzen Winter hindurch vom Vertrauensmann den „Grundstein“ durch die Post bezogen, weil er auswärts wohnt, oder keinen Pfennig bezahlt hat, jetzt wo er in Arbeit tritt, sich abmeldet. Das ist eine nette Kollegialität. Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

Sock. Die am Sonntag, den 18. Februar, stattgefundene Versammlung der hiesigen Bauhütte war gut besucht. Nach Eröffnung derselben wurde zur Wahl der Dringlichen Verwallung geschritten. Gewählt wurde zum Bevollmächtigten Fr. G. G., als dessen Stellvertreter W. W. W., zum Kassierer K. K. K., als dessen Stellvertreter G. G. G., zum Schriftführer W. W. W. und als Neuwahlen W. W. W., Fr. F. F., M. M. M. und G. G. G. Im Punkt „Beschriebenes“ wurde angefragt, ob wir von den hiesigen Meistern für diesen Sommer nicht eine 1 1/2 stündige Mittagszeit fordern dürfen. Die Mehrzahl der Kollegen stimmte aber dagegen mit der Bedingung, vor allen Dingen erst dahin zu streben, uns zu stärken, Jeder müsse agitieren, damit wir die Kollegen, welche von ferne zusehen, in die Mitgliedsliste bekommen, dann würde es sich der Mühe lohnen, über diesen Punkt zu beschließen. Außerdem wurde beschloffen, das Fest der Arbeiter, die Kaiserer, am ersten Sonntag im Mai zu begehen. Besloffen wurde, am letzten Tage



einen Auszug nach dem Anbergerworte mit Familie zu unternehmen. Ferner wurde beantragt, auch Nichtmitglieder an diesem Auszug teilnehmen zu lassen, welcher Antrag genehmigt wurde. Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

**Duisburg.** Am Sonntag, den 18. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Nachdem die Beiträge erhoben, wurden folgende Verwaltungsbeamte gewählt: als erster Bevollmächtigter E. Dragemann, als dessen Stellvertreter: F. Kahl, als erster Kassier: S. Schmidt, als dessen Stellvertreter J. v. Hohl, als Schriftführer E. Schneidewind und zu Revisoren: R. Kirsch, S. Schneider und F. Hermann. Hierauf leitete der Bevollmächtigte die so mangelhafte Ausführung der Statutenblätter im Vorjahre und forderte die Mitglieder auf, dieselben zur nächsten Versammlung, bezugs einer Revision, mitzubringen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluss der Versammlung.

**Freiburg.** Am 18. Februar tagte im Lokale der Brauerei Ordnung die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zählstelle Freiburg. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom Schriftführer das Protokoll vorgelesen und von der Versammlung genehmigt. Sodann erörterte Kollege Schill Bericht von der letzten Gewerkschaftsversammlung, in welcher es sich meistens um die Herbergskontrolle, sowie über die letzten Verhandlungen des Gewerbegerichtes handelte. Nachdem zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Besprechung der Monatsbeiträge“, noch beigefügt war: „Aufnahme neuer Mitglieder“, wurden zwei Kollegen aufgenommen und sodann zum dritten Punkt: Die Agitationsfrage“, übergegangen. Der Bevollmächtigte Trichter führte an, daß die Agitation sehr wichtig sei und er möchte die Kollegen eruchen, dieselbe in reger Weise zu betreiben. Aber nicht durch Prospekt in den Wirtschaften, wie meistens bei einigen Kollegen schon vorgekommen, sondern in anständiger Weise. Kollege Krauß mahnte, daß sich einige Kollegen freiwillig dazu stellen, um in den umliegenden Ortschaften und Städten die Kollegen zu dem Verband heranzuziehen, resp. neue Zählstellen zu gründen. Zum letzten Punkt: „Beschiedenes“, wurde beschlossen, jedem Kollegen den „Grundstein“ in seine Wohnung zu schicken, die ausmürrigen Kollegen sollen denselben per Post angeliefert bekommen. Sodann stellte Kollege Jäger den Antrag, zwei Schriftkollatoren zu wählen, welche angenommen wurde. Es meldeten sich Johann die Kollegen Dups und Feller freiwillig zu diesem Posten. Des Weiteren wurde ein Brief von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vorgelesen, betreffend Bekämpfung von Flugblättern in ausländischer Sprache. Die Kollegen einigten sich darüber, 200 Stück in italienischer Sprache verfaßte Flugblätter selber zu lassen. Desgleichen wurde beschlossen, die fremden Kollegen in den Betrieben aufzufuchen, den Zugang von hier fernzuhalten, indem das Geschäft hier nicht so glänzend ist, wie es den Anschein hatte zu werden, und weil noch sehr viele Kollege beschäftigungslos auf der Straße umherlaufen. Kollege Schill gab bekannt, daß die Bitte über die Vertreter der allgemeinen Ortskrankenkasse aufgestellt und ermahnte die Kollegen, dahin zu wirken, daß auch Vertreter gewählt werden, welche die Interessen der Kassennachbeter besser vertreten, wie das bis jetzt der Fall war. Sodann wurde eine Sammelkassette angekauft zum Zwecke der Unterstützung erkrankter Kollegen, sowie zu etwaiger Abhaltung von Vergnügungen in der Zählstelle. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und erfolgte Schluss um 12 Uhr.

**Bauhaunderter.**

**Ottendorf-Ortsa.** Am Sonntag, den 18. v. M., fand hier eine öffentliche Bauhaunderterversammlung statt, in welcher Kollege Schill als Redner über „Die Arbeiter und der Unternehmer“ sprach. Er bewies, daß die Arbeiter durch die heutige Maschinenherstellung und durch die planlose Produktionsweise immer weiter in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt werden, während andererseits Behörden und Regierungen die Profitworte der Unternehmer, wo es nur möglich ist, auf Kosten der Arbeiter unterstützen und fördern. Er zeigte, daß die Unternehmer ihren Profit als Heiligtum betrachten und eher ein Arbeiterleben in Gefahr bringen, als ihren Profit durch vorläufigen Gewinn zu schmälern. Redner beleuchtete dann noch die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaft, die Notlage der Arbeiter zu beseitigen zu können und zu wollen. Er forderte die Anwesenden auf, sich zu organisieren, um Schulter an Schulter kämpfen zu können. Hieran schloß sich eine sehr gediegene Debatte. Darauf wurde Ernst Ringler, Maurer in Ottendorf, als Vertrauensmann für die Bauhaunderter gewählt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

**Nordhausen.** Am 11. Februar tagte im Lokale der Stadt Berlin eine öffentliche Dachdecker-Versammlung, in welcher Genosse Götter über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation“ referierte. Redner wies nach, wie die Maschine die wirtschaftliche Lage der Arbeiter untergrabe und daß selbst im Bauhandwerk die Maschine schon häufig zum Transport und Arbeitsmengen benutzt wird. Im Weiteren fährt Redner aus, daß wegen der schlechten Löhne die Frau in die Fabrik gehen muß, um den den ganzen Tag über ohne jede Erziehung aufwachsenden Kindern nur einigermaßen Nahrung zu verschaffen. Redner wies nach, daß gerade im Dachdecker-gewerbe die Löhne die gedrücktesten sind und fordert alle Anwesenden noch keinem Verbandsangehörigen Dachdecker auf, sich dem Zentralverbande der Maurer und verwandten Berufs-gewissen anzuschließen, denn Einzelne sind wie Nichts, aber geerntet eine Macht, und nur so können wir zum Siege gelangen. Redner ermahnte für seinen gut durchgeführten Vortrag die volle Anerkennung der Versammlung. Infolgedessen ließen sich mehrere (7 Mann) Dachdecker aufnehmen. Im Punkt „Beschiedenes“ führte Kollege Meter aus, daß unter den Nordhäuser Dachdeckern noch der allgemeine Kollegenrat herrscht, und daher komme die Abneigung gegen die einzelnen Kollegen. Man sei es an der Zeit, mit dem alten abgelebten Stroh, Junst genannt, einzupacken und Hand in Hand mit den anderen Kollegen zur Erreichung besserer Löhne sich zu vereinigen. Nachdem sich noch verschiedene Redner in gleichem Sinne äußerten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Krautenkaffe.**

**Harburg.** Am Sonntag, den 18. v. M., fand eine außerordentliche Versammlung der Zählstelle Harburg der Zentral-Krauten- und Ertelkaffe „Grundstein“ statt. Zum ersten Punkt verlas der Bevollmächtigte die Vorlage des Vorstandes und gab die Erklärungen dazu. Hierzu nahm Garm

das Wort und tabelte in scharfen Worten, daß der Vorstand die Vorlage nicht im „Grundstein“ bekannt gegeben hätte, denn es sei nicht möglich, sich durch einmaliges Vorlesen derselben über alle Punkte zu informieren. Die Vorlage sei selbst verwarf der Redner ganz entlehnen. Brezler ist ebenfalls gegen die Vorlage, denn zur Erhöhung der Beiträge würde er auf keinen Fall die Hand bieten und zur Entleerung des Krankengeldes erst recht nicht, denn das sei schon jetzt zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Eine recht erhellte Debatte kam besonders wegen des Ausschlusses der Einzelmitglieder in Fluß. Krautmann betont, daß die Beisetzenden, wenn sie von einer Zählstelle abtreten und in einem Orte Arbeit bekommen, wo keine Zählstelle ist, ihrer Rechte sofort verlustig seien; kämen sie wieder nach einer Zählstelle und wollten gerne wieder Mitglieder werden, so gingen die ganzen Aufnahmeformalitäten von vorne an und so könne es kommen, daß man bald mehr an Aufnahme- und Unterzuchtungsgebühren wie an Beiträgen zu zahlen habe. Senger äußert an, daß, wenn man nun gar während des Wanderns von einem zum anderen Ort 45 Jahre alt würde, man doch ganz und gar seiner Rechte an die Kaffe verlustig gehe. Nachdem noch mehrere Redner dagegen gesprochen, wurde die ganze Vorlage abgelehnt. Bei der Statutenberathung stellte Garm mehrere Änderungsanträge, die dem zu wählenden Delegierten aufgetragen wurden. Die hierauf vorgenommene Delegiertenwahl ergab, daß der hiesige Bevollmächtigte E. Bloch einstimmig gewählt wurde. Es waren im Ganzen 67 Mitglieder anwesend. Zum letzten Punkt lag nichts vor und folgte hierauf Schluss der hier seit Jahren nicht so häufig besetzten Versammlung. Es herrscht hier überhaupt in Betreff der Krankenkasse eine unglaubliche Dunkelheit; wenn von 200 Mitgliedern mal 15-20 in der Versammlung sind, dann ist es viel; es haben schon Versammlungen ganz ausfallen müssen. Hoffentlich ändert die jetzige Noth der Kaffe dies.

**Rosdorf.** Sonntag, den 17. Februar, fand hier selbst eine außerordentliche Versammlung der Zentral-Krautenkaffe der Maurer u. M. statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht über die Beiträge zu erheben, um die Leistungsfähigkeit der Kaffe zu erhalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei einer Erhöhung der Unterstützung die Lebenshaltung der Kranken Mitglieder geschädigt und deshalb die Kaffe mehr Schaden als Vortheil davon habe, indem der Kranke bei genügend kräftiger Ernährung eher gesundet, als bei einer schlechteren. Welches ist denn heute der Krebsgrad der Kaffe? Doch nur die ungenügende Ernährung und die schlechten Wohnungsverhältnisse der großen Kaffe. Und deshalb wollen wir auch unseren Kranken nicht zumuten, den Schmachtreimen noch enger zu schmälern. Weg mit der verdamnten Bedürfnislosigkeit und versuchen wir, der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung dieses Weh an Beiträgen abzutun. Die übrigen Vorarbeiten des Vorstandes wurden abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, dem § 18 Biffer 15 folgende Fassung zu geben: ... alljährlich im Januar nach Abschluss des dritten Quartals neuergewählt. § 24 soll lauten: Alle auf die Kaffe bezüglichen Aufforderungen usw. ... beim dritten Punkt der Tagesordnung, „Delegiertenwahl“, wurde F. Krautmann einstimmig gewählt.

**Rixdorf.** Eine ordentliche Mitgliederversammlung der Zählstelle Rixdorf der Zentral-Krautenkaffe „Grundstein“ wurde am 18. Februar im Lokale des Herrn Wartha in Rixdorf. Auf der Tagesordnung stand: 1. Erhebung der Beiträge. 2. Kasseneingehalten. 3. Beschiedenes. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt und das Protokoll der vorigen Versammlung vorgelesen war, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten. Als erster Redner legte Kollege W. Wille den Mitgliedern ein Herz, wegen der schlechten Standes der Kaffe bei letzten Anträgen nicht gleich Krankengeld zu verlangen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Vorschläge des Hauptvorstandes in Altona, welche dadurch beendet wurde, daß Kollege F. Schultze den Antrag stellte, über jeden Punkt einzeln abzustimmen. Nachdem § 9 Biffer 1 in der Fassung, die Beiträge zu erhalten und das Krankengeld zu ermäßigen, angenommen war, fielen alle anderen Anträge von selbst. Eine lange Debatte entspann sich über die Einzelmitglieder. Kollege F. Schultze stellte den Antrag, dieselben nicht auszuscheiden, welcher auch angenommen wurde. Kollege G. Welschenbach ist der Meinung, die einzelnen Mitglieder zwar nicht auszuscheiden, aber dieselben zu veranlassen, sich den nächsten Zählstellen anzuschließen oder sich selbst Zählstellen zu gründen, damit dieselben besser kontrolliert werden können. Hierauf wurde zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung übergegangen. Vorgelesen waren G. Welschenbach, Rixdorf, Haler, Charlottenburg und Kollege Beh aus Jordan-Paradies. Die drei Kandidaten wurden auch gewählt. Nachdem der Punkt „Beschiedenes“ erledigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Düsseldorf.** In der am 25. v. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zentral-Krautenkaffe der Maurer zu „Grundstein“ stand zunächst zur Beratung der Vorschlag des Vorstandes und Ausschusses, betreffend die Aenderung des Statuts. Ein Antrag des Mitgliedes R. undorf auf Einzelberatung wurde abgelehnt. In der Diskussion wurde besonders betont, daß die Kaffe auf die Dauer doch nicht zu halten sein werde, denn trotz der enormen Erhöhung der Beiträge sei sie ihrem Falle bedenklich näher gerückt. Partel beantragte Auflösung der Kaffe und Umwandlung derselben in eine Jubiläumskasse. Folgende Resolution fand Annahme: Die örtliche Verwaltungsstelle Düsseldorf erklärt sich mit dem vom Vorstande gemachten Vorschläge durchaus nicht einverstanden und sieht nur in der Auflösung und Umwandlung der Kaffe in eine Jubiläumskasse den einzig richtigen Weg, welcher den Mitgliedern ihr Recht wahrt. Des Weiteren wurde beschlossen, in dem Titel das Wort „Steinbauer“ wieder einzuschalten. Ein Antrag des Mitgliedes G. Schmidt, nur solchen Delegierten zu wählen, der sich verpflichtet, für obige Beschlässe einzutreten, fand einstimmige Annahme. In der darauf folgenden Delegiertenwahl wurde Schmidt, Steinbauer, mit 28 Stimmen gewählt. Delemann, Dortmund erhielt 7, Holz, Köln, Ganser, Essen und Partel, Düsseldorf je eine Stimme. Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

**Eingelandt.**

Ich muß die Anmerkung des Schriftführers von Harburg in Nr. 3 des „Grundstein“ und das Eingelandt von Karl Köhn aus Grabow in Nr. 6 des „Grundstein“ vollständig unterlassen. Da wir uns in einer wirtschaftlichen Krise

befinden, fällt es manchem Kollegen schwer, die Beiträge für den Verband aufzubringen, aber wenn der gute Wille da ist, läßt sich Ranges überwinden. Der Verband ist eine Kampfsorganisation, gewährt Rechtschutz und Selbstverteidigung, folglich braucht der Verband Geld, um sich lebensfähig zu erhalten. Dieses möchten die Delegierten sich zu Herzen nehmen und so beschließen, daß der Verband stark und kräftig erhalten bleibt. F. Pomer, Kassier.

**In die Statutene und Berufsgegenen!**

Kollegen! Von den 2000 Kollegen in Berlin sind in Folge der überaus schlechten Arbeitsverhältnisse 75 Prozent seit 4 Monaten arbeitslos. Darunter viele verheiratete Kollegen. Wir sind unter diesen Verhältnissen gezwungen, fast jede Bedingung, die uns von unseren Ausbeutern gestellt wird, anzunehmen. Einige unserer Berufsgegenen wollen Berlin verlassen, um den verheirateten Kollegen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Wir bitten deshalb unsere Kollegen, wenn irgendwo Stellen zu besetzen sind, dies im Arbeitsnachweise zu melden. Ferner eruchen wir besonders die Jünger, den Zugang nach Berlin fernzuhalten, da in Berlin für alle Branchen übergenug Arbeitskräfte vorhanden sind. Sollten dennoch die Kollegen nach hier Angebote bekommen, so mögen sie diese ablehnen und nicht als Lohnrücker ihren Kollegen gegenüberstellen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Statutene uns in unseren Bestrebungen unterstützen und auf's Neue einen Beweis ihres Solidaritätsgedankens liefern. An alle Arbeiter ergeht die Bitte, die Statutene hierauf aufmerksam zu machen. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Weinmeisterstr. 19 bei Schöneberg. Vom 1. April ab Steinstr. 17.

**Der Vorstand des Fachvereins**

der Statutene und verwandten Berufsgegenen. NB. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

**In die Steinfeher (Pflasterer) in Deutschland!**

Kollegen! Mit dem Herannahen des Frühlings wachst auch bei jedem Einzelnen von uns die Hoffnung, wieder die unfreiwillige Hungerkur, welche uns durch den feigen Winter aufgezwungen wurde, nun bald ihr Ende erreicht haben wird. Und doch, wie viele werden sich in ihrer Hoffnung betrogen sehen; aus allen Ecken Deutschlands haben sich in den letzten Jahren die Klagen über die anhaltende Arbeitslosigkeit in geradezu unheimlicher Weise gemehrt, und auch in diesem Jahre sind die Aussichten durchaus nicht besser. Auch in diesem Jahre werden — leider — wieder viele von uns dazu verurteilt sein, bis in den Juni und Juli hinein bauernd ohne Arbeit zu sein — also weiter hungern müssen! — Nun, Kollegen, habt Ihr Euch denn noch nie mit der Frage beschäftigt, ob dies denn so sein muß; ob es denn gar kein Mittel gibt, diese riesige Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht gänzlich, aus der Welt zu schaffen, so doch erheblich zu mindern? Oder habt Ihr vielleicht, daß die Unternehmer Schritte thun werden, um diese Arbeitslosigkeit zu mindern? Nun, da befindet Ihr Euch in einem verhängnisvollen Irrthum; die Unternehmer brauchen diese Arbeitslosigkeit gerade, um „billige“ Arbeitskräfte und willfährige, „zulige“ Arbeiter zu haben. Auch dafür sehen uns massenhaft Beweise auf Seite, daß die Arbeitslosigkeit dazu benutzt wurde, um die Löhne herunterzudrücken. Also nicht allein, daß das Einkommen der Arbeiter durch Verminderung der Arbeitsgelegenheit verringert wurde, auch durch willkürliche, gar nicht zu rechtfertigende Abzüge wurde dasselbe noch in erheblichem Maße verringert. — Kollegen, wollt Ihr nun endlich, daß wenigstens diese Willkürakte unmöglich werden, wollt Ihr ferner, daß auch innerhalb der augenblicklich herrschenden Periode wirtschaftlichen Niederganges die Arbeitsgelegenheit für Euch alle, nach Möglichkeit verbessert wird (durch Fortsetzung der Arbeit), dann tretet Mann für Mann ein in den Verband der Steinfeher (Pflasterer) und Berufsgegenen Deutschlands! Zwar wissen wir, daß in sehr vielen Städten nur eine ganz kleine Zahl von Steinfehern wohnt, aber durch Zusammenfassung Aller, also auch der Berufsgegenen, wird es Euch trotzdem möglich sein, Euch Achtung und Ansehen zu verschaffen. — Alle Anfragen Euch zu richten an: K. Kroll, Berlin NW., Embserstraße 42.

Die Genossen des Bauhandwerks, namentlich die Maurer, werden um Weiterverbreitung dieses Aufrufes gebeten, ebenso die Arbeiterblätter um Abdruck desselben.

**Alle sämmtliche deutschen Arbeitervereine!**

Die Genossen allerorts werden nochmals ersucht, an die Adresse des Unterzeichneten Angaben über Namen und Postadresse ihrer politischen und anderen Vereine, soweit sie Bildungs-zwecke verfolgen, einzufenden. Es liegt im Interesse der Organisationsform selbst, mit diesen Wünschen zu erfüllen.

Mit Parteigrüß

Dr. Franz Diederich, Dortmund 10, Burgtholstr. 51.

Alle Arbeiterblätter werden um sofortigen Abdruck gebeten.

**Gerichts-Chronik.**

\* Wie sich die Polizei irrt. Der frühere Bevollmächtigte der nunmehr eingegangenen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in Steudal stand unter Anklage, Mitglieder nicht innerhalb drei Tage abgemeldet zu haben. Nach der Anklage des Polizei-Inspektors Scholz und seiner Akten sollte die Abmeldung in einem Falle um zehn Tage zu spät erfolgt sein. Der erste Zeuge bewies, daß der Angeklagte richtig abgemeldet hatte. Doch bei dem zweiten Zeugen, entstand eine ziemlich aufregende. Der Polizei-Inspektor Scholz erklärte auf Grund seiner Akten, daß diese Abmeldung schon am 11. Februar 1892 stattgefunden hätte. Der Zeuge erklärte, er habe sich am 18. oder 19. Februar abgemeldet. Der Vorbeside hielt ihm nun vor, daß aus den Akten herzugehe, er habe sich schon früher abgemeldet, er sollte doch nicht zu Gunsten des Angeklagten einen Meineid leisten, denn der Angeklagte bekäme ein paar Mark Straflose und er, Zeuge, würde wegen Meineid in's Zuchthaus kommen, doch der Zeuge blieb bei seiner Aussage und der Polizei-Inspektor bei seinen Akten. Jetzt wurde die Verhandlung unterbrochen und der Polizei-Inspektor beauftragt die Abmeldung herbeizuführen. Dies war so schnell nicht möglich. Jetzt erklärte der Zeuge, er wollte die Verschlingung haben. Und er lief, daß ihm der Schwere auf der Stirne stand und holte die Verschlingung. Er hatte Recht, die Polizei sich aber geirrt. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Eine wichtige Auslegung des § 88 des Strafrechtssatzunges vom 1888 in der Fassung der Novelle vom



1892 gab kürzlich der 2. Strafsenat des Reichsgerichtes. Nach dem erwachten Gesetze sind die Arbeitgeber verpflichtet, zu den Krankentafelbeiträgen für ihre Arbeiter ein Drittel selbst zu zahlen und zwei Drittel von dem Lohne der Arbeiter zurückzubehalten, um die Beiträge an die Kasse abzuführen. Der Bauernmeister Gustav Schell in Berlin hatte seinen Arbeitern mehrfach Lohnabzüge für die Krankentafel gemacht, aber der letztere nichts bezahlt. Dies war im Jahre 1892 geschehen. Das Landgericht I in Berlin sprach nun am 29. September v. J. Schell von der Anklage, sich durch den Abzug der Beiträge einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschafft und der Krankentafel einen Vermögensschaden zugefügt zu haben, frei, weil es annahm, daß die Kasse bereits vor dem 1. Januar 1893, an welchem Tage die Novelle zu dem Krankentafelgesetze in Kraft getreten ist, begangen sei und die betr. Beiträge an jenem Tage nicht mehr im Besitze des Angeklagten gewesen seien. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache unter folgender Begründung an das Landgericht zurück: Mit der Reichsanwaltschaft ist der Senat darüber einverstanden, daß die Ausführungen des Landgerichts, betreffend die Nichtanwendung der Novelle von 1892, auf den vorliegenden Sachverhalt auf einer rechtsirrtümlichen Auffassung des Begriffs „Vorentschaften“ beruht. Wenn das Landgericht sagt, es sei nicht nachweisbar, daß der Angeklagte die bezüglichen Beiträge noch nach dem 1. Januar 1893 befreit habe, so ist auch dieses Argument speziell für rechtsirrtümlich erachtet worden. Der Senat ist der Meinung, daß, wenn der Arbeitgeber zur Zeit der Vorenthaltung sich außer Stande sieht, seine Verpflichtungen gegenüber der Krankentafel zu erfüllen, er auch nicht berechtigt ist, Lohnabzüge zu machen und daß, wenn er dem entgegen handelt, die Nichterfüllung seiner Zahlungspflicht ein vorläufiges Handeln gegen den § 32 darstellt. Das Landgericht scheint in der Tat den letzteren dahin aufgefaßt zu haben, daß die Verschuldung des rechtmäßigen Vermögensvorteils über die Verschuldung des Vermögens der Kasse das Ergebnis des Handelns gewesen sein müsse; das er erachtet der Senat als rechtsirrtümlich; er nimmt an, daß das Gesetz nicht weiter fordern kann, als daß der Arbeitgeber die Kasse nicht weiter vortheil verschaffe und die Kasse schädige. Wenn man von einer entgegengesetzten Interpretation ausgehen wollte, würde der neue § 32 in seinem Zwecke wesentlich verfehlt sein.

**Bevölkerungswesen.**

• Gegen Krankheit sind jetzt 7 1/2 Millionen, gegen Invalidität 12 Millionen und gegen Unfall 18 Millionen Deutsche versichert; durch die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, wonach auch alle selbstständigen Handwerker gegen Unfall versichert werden sollen, dürfte die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen auf 20 Millionen steigen.

• **Unfälle in Arbeitspausen.** Der Schiedsrichter in Hamburg, welcher bei der Führerschafts-Versicherungsgesellschaft versichert war, erlitt am 17. November 1893 einen merkwürdigen Unfall. Er war Mittag; er nahm seine Speisen zu sich und setzte sich darauf auf den Schmeldeofen, um ein Schälchen zu waschen. Pries schloß auch ein, machte aber nach einiger Zeit wieder auf und bemerkte, daß seine Kleider Feuer gefaßt hatten. Es gelang ihm bald, den Brand zu löschen, trotzdem aber hatte Pries einige Wunden davongetragen, die ihn selbstständig erwerbsunfähig machten. Der Verletzte wandte sich darauf an die Führerschafts-Versicherungsgesellschaft und beantragte eine Entschädigung. Die Versicherungsgesellschaft lehnte aber jede Entschädigung ab, da Kläger den Unfall nicht im Betriebe erlitten hatte. Hiergegen legte Johann Pries Verurteilung beim Schiedsgericht in Hamburg ein und bat um Zulassung einer Entschädigung. Das Schiedsgericht hielt aber die Verurteilung für nicht begründet und wies den Kläger mit seinen Einsprüchen ab. Das Schiedsgericht nahm an, es würde zu weit gehen, wenn die Unfälle, welche die Arbeiter während der Mittags- oder sonstigen Arbeitspausen erleiden, entschädigungspflichtig wären. Auch eine gewisse moralische Verpflichtung der Arbeitgeber, dafür zu sorgen, daß die Leute während der Arbeitspausen gut untergebracht werden, anzuerkennen sein, so läßt sich doch nicht hieraus ein den Arbeitern gegen die Versicherungsgesellschaft zustehender Rechtsanspruch des Inhalts ableiten, daß diese für die Folgen aller Unfälle einzustehen hätte, von denen die Arbeiter während der Arbeitspausen betroffen werden. Hiergegen legte Pries Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein; dasselbe wies jedoch am 20. Januar 1894 den Rekurs nach § 57 I des Unfallversicherungsgesetzes als unzulässig zurück.

• **Invaliditäts- und Altersversicherung.** Nach den im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellungen, welche auf den Angaben der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruhen, betrug am 1. Januar 1894 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 261 968. Von diesen wurden 207 782 Rentenanträge anerkannt und 45 190 zurückgewiesen, 6395 blieben unerledigt, während die übrigen 5649 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 89 484, Ostpreußen 28 684, Brandenburg 20 089, Rheinprovinz 17 146, Hannover 16 144, Sachsen-Anhalt 15 128, Posen 13 550, Schleswig-Holstein 10 001, Westpreußen 9988, Westfalen 9911, Pommern 8828, Hessen-Nassau 6788 und Berlin 2951. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 26 242 Rentenanträge, auf das Königreich Sachsen 11 070, auf Württemberg 6900, Baden 4982, Großherzogtum Hessen 4229, beide Mecklenburg 5471, die Thüringischen Staaten 5498, Oldenburg 948, Braunschweig 1886, die Hansestädte 1890, Elsaß-Lothringen 7888 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 3814. Die Zahl der während desselben Zeitraums erhobenen Ansprüche auf Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 82 766. Von diesen wurden 69 865 Rentenanträge anerkannt und 12 901 zurückgewiesen, 6263 blieben unerledigt, während die übrigen 4012 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invaliden-Rentenanträgen entfallen auf Schlesien 11 476, Rheinprovinz 6676,

Ostpreußen 6828, Brandenburg 4474, Hannover 4320, Sachsen-Anhalt 3788, Westpreußen 3284, Westfalen 3047, Posen 2938, Pommern 2926, Hessen-Nassau 1870, Schleswig-Holstein 1264 und Berlin 1242. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 9765 Invaliden-Rentenanträge, auf das Königreich Sachsen 5101, auf Württemberg 2288, Baden 2295, Großherzogtum Hessen 1006, beide Mecklenburg 901, die Thüringischen Staaten 1481, Oldenburg 227, Braunschweig 661, die Hansestädte 492, Elsaß-Lothringen 1593 und auf die 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 6032.

• **Ueber die Entschädigungsberechtigung von Kindern,** die bei der Arbeit einen Unfall erleiden, führte das Reichsversicherungsamt eine wichtige Entscheidung, der folgender Inhalt ist: Ein Landwirth, mit Namen Wolfesfeld, war im Dezember 1892 beschädigt gewesen, sein Verbrechen mittelst einer Dreschmaschine auszubringen. Einem Wittwe, als der achtjährige Sohn des Landwirths keine Schule hatte, wurde der kleine Rube von seinem Vater anvertraut, Garten nach der Dreschmaschine zu tragen. Bei dieser Gelegenheit kam der Knabe mit einem Stein in die frontale Maschinerie, so daß er später amputirt werden mußte. Der Vater des verletzten Knaben beantragte Johann bei der zuständigen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft für seinen Sohn eine Invalidenrente, die aber von der klagenden Berufsgenossenschaft abgelehnt wurde, da der verletzte Knabe nicht als Arbeiter angesehen werden könne; letzterer sei vielmehr als Kind anzusehen, das noch nicht ernstlich arbeiten könne und nur Spielerei treibe. Wegen des abweisenden Bescheid der Berufsgenossenschaft legte der Vater des Verletzten schiedsrichterlich Verurteilung beim Schiedsgericht mit dem Antrage ein, die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung verurtheilt zu werden. Das Schiedsgericht hielt auch die Klage für begründet und erkannte zu Gunsten des Verletzten. Wegen das schiedsgerichtliche Urteil ergreift Johann die verurtheilte Berufsgenossenschaft das Rechtsmittel des Rekurses an das Reichsversicherungsamt und beantragte Aufhebung der vorerwähnten Entscheidung und Abweisung des Rekurses. Das Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des Direktors Harrius verwarf jedoch den Rekurs der Berufsgenossenschaft als un begründet und zwar aus folgender Erwägung: Weder die Entstehungsgeschichte, noch auch der Wortlaut der Unfallversicherungsgesetze sprechen für eine Beschränkung des Begriffs „Arbeiter“ auf solche Personen, welche ein bestimmtes Alter besitzen; unter Umständen können daher auch jugendliche Kinder als Arbeiter angesehen werden. Auch ist es ohne erhebliche Bedeutung, ob die Dienstleistung des Kindes gerade als eine wesentliche Arbeitsleistung zu bezeichnen ist oder nicht, vorausgesetzt nur, daß es sich um eine ernste Thätigkeit und nicht nur um eine spielartige, kindliche Beschäftigung handelt. Es giebt eine große Anzahl von Dienstleistungen, welche weder große Körperkraft noch auch technische Vorbildung voraussetzen und deshalb häufig von Kindern verrichtet werden. Der achtjährige Knabe besitzt also jene Rente.

• **Was die Krone der Sozialreform — den Weantern einbringt,** möge der folgenden vorläufigen Rechnungsabschluss der württembergischen Versicherungskassenanstalt beweisen. Es wurden von derselben im abgelaufenen Kalenderjahr Kulturgüter im Gesamtbetrag von M. 3 084 490,84 verkauft; die in diesem Jahre ausgefallenen Renten betragen nicht den zehnten Theil der Beiträge, nämlich M. 800 006,39; für Verlustverfahren wurden M. 649,50 ausgesetzt; die Verwaltungskosten betragen M. 178 043,60, dazu kommen noch für Erhebungen, schiedsgerichtliche Verfahren und Kontrolle zusammen M. 19 487,47, also Alles in Allem ein Aufwand, der weit über die Hälfte der ausbezahlten Renten ausmacht. Wenigstens ist es auch mit den Versicherungsanstalten in den anderen Bundesstaaten. Aber trotzdem nennt man dieses Gesetz die „Krone“ der Sozialreform! Im Volke giebt man dem Gesetz einen ganz anderen Namen, man nennt es da vielfach „Verjüngungsanstalt für Militär-Anwärter“. Mit welchem Recht, gelte die obigen Zahlen.

• **Gesetzesentwürfe, betreffend die Arbeiterversicherung,** werden das künftige Zusammengetretene rumanische Parlament beschäftigen. Der eine Entwurf betrifft die Einführung von Arbeitserhälftskassen; welche nach dem Vorbilde ähnlicher Institute in Deutschland und Oesterreich zur Unterstüßung verunglückter oder im Verufe erkrankter Berg- und Steinarbeiter, zur Versorgung von Arzneyen, Gewährung von Beerdigungsbeträgen usw. dienen sollen. Jeder unbescholtene Arbeiter von mindestens 16 Jahren hat 8 Prozent von seinem Gehalte an die Kasse abzugeben, während der Unternehmer einen der Zahlungen oder seiner Arbeiter gleichen Beitrag leistet. Die Verwaltung jeder Kasse fällt unter die Aufsicht des Staat und hat sich nach dem Uebereinkommen der Vorstände der Bergwerke oder Steinbrüche, welche mindestens je 120 Arbeiter beschäftigen, bilden totale Unterstüßungskassen oder Bruderlaben, während kleinere Establishments sich zur Bildung von Regionalbruderlaben vereinigen. Der zweite Gesetzesentwurf hat zum Ziel die Bildung einer allgemeinen, unter der ausschließlichen Leitung des Staates stehenden Kasse, und welcher Pensionen und Invalidengehälter für durch Alter, Krankheit oder Unfall leistungsunfähig gewordene Berg- oder Steinbrucharbeiter, ferner Wittwen- und Waisenunterstüßungen bezahlt werden sollen. Die Höhe der Pensionen und Unterstüßungen richtet sich nach der Größe der Einzahlungen der betreffenden Arbeiter und kann sowohl bei Pensionen wie auch bei Wittwen- und Waisenunterstüßungen bis zu 80 Prozent vom letzten Gehalte des verstorbenen Arbeiters steigen. Die Versicherung ist für jeden Arbeiter obligatorisch, doch hat die aktive Teilnahme an Streitigkeiten und die Aburtheilung wegen eines Kriminalverbrechens den Verlust der Pensionenberechtigung zur Folge. Der Beitrag zur Pensionkasse beträgt 2 Prozent vom Lohne des Arbeiters, während die Unternehmer einen gleich hohen Beitrag von ihre sämtlichen Arbeiter an die Kasse abzuführen haben. Eine gleiche Pensionkasse, wie sie im Vergleiche für die Berg- und Steinbrucharbeiter vorgelesen ist, wird auch vom Baumeister für die Arbeiter aller mit Dampf, Wasserkraft, Gas, Elektrizität oder sonst einem ähnlichen Motor arbeitenden Industrie-Etablissements, sowie überhaupt für das Baugewerbe beabsichtigt.

**Bevölkerungswesen.**

• **Elektrische Beleuchtung.** In Reichel und Umgebung sollen die Wasserkräfte der Reuß mit zunächst etwa 1000

und später 2500 Pferdekraften für elektrische Straßen- und Arbeitsbeleuchtung sowie zum Betrieb von Kleinmotoren und Bahnen ausgenutzt werden. Zur Prüfung der Projekte wurden Sachverständige aus verschiedenen Ländern nach Reichel berufen.

• **Wasserreinigung.** Angesichts der fortwährenden Choleraepidemie, wo die Beschaffung von bakterienfreiem Trinkwasser eine große Rolle spielt, ist die Frage der Wasserreinigung von größter Bedeutung geworden. Eine sehr einfache Methode, um die im Wasser enthaltenen Mikroorganismen zu vernichten, soll nun, wie in England festgestellt wurde, darin bestehen, daß dem Wasser Chlor zugefügt wird. Schon vor Jahren wurde in Leeds durch Versuche dargelegt, daß der Zusatz eines halben Gramms Chlor zu einer Gallone (4 Quart) Wasser die darin enthaltenen Mikroben um 99 pSt. verringerte, jetzt hat man in Amerika dieses Material zur Reinigung von Wasser in größerem Maßstabe verwendet. Es wurde dabei gefunden, daß in allen Fällen, wo dem Wasser eine geringe Quantität Chlor zugefügt und dann kräftig geschüttelt worden war, ein absojnt keine Flüssigkeit erkrankt wurde, obwohl vorher in einem Kubikcentimeter 200 Mikroben existirten.

**Literarisches.**

• **„Der Sozialdemokrat“**, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Weuhfir. 2). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Unter Kreuzband für Februar-März M. 1.

• Nr. 4 vom 24. Februar hat folgenden Inhalt: Die Landtagswahlkreise: III. Bayern. — Aus der Schweiz. — Reichstag. — Politisches. — Parteinarbeiten. — Wie man uns behandelt. — Agrarisches. — Vom Lande. — Vermischtes. — Literatur.

• Rentengüter in Preußen. II. — Briefe aus Bayern. — Zum Schutze der Seute. — Eulen und Krähen. I. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterfrage. Arbeiterversicherung. — Sozialpolitische. Zur Arbeiterfrage. — Vom Lande.

• **Sozialpolitisches Centralblatt.** Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W,auerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 A. Erschienen ist Nr. 22, 3. Jahrgang.

• Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. S. W. Dieß Verlag) ist soeben das 21. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien wir hervor:

• Breussisch-deutsches Volkswesen. — Die Ansichten des Sozialismus in Amerika. Ein Vortrag, gehalten von Dr. Sehner in St. Louis. (Fortsetzung). — Die deutsche Ausgabe einer Hauptchrift des Giordano Bruno. Von Ed. Bernstein. — Die Entwicklung der Schuhmacherei. Von Hans J. J. — Literarisches Rundschau. — Notizen: Einige Illustrationen zur finanziellen Seite der Homereuefrage. Frauenarbeit in Fabriken und Kinderarbeit. — Feuilleton: Der Tod im Walde. Von Altklaus, Strauß.

• Das im Verlage von F. S. W. Dieß in Stuttgart erscheinende Werk „Die Hygiene“, eine illustrierte Handreichung der jetzt lebenden Hygiene, von Dr. Osmann, liegt nunmehr mit dem 28. Heft komplett vor. Das Werk umfaßt XIII und 888 Seiten groß Octav, enthält über 600 Illustrationen und 19 Tafeln ausgeführter Tabellen. Preis 70 Pf. in einem Band M. 5,80, in Prachtband gebd. M. 7,10.

• Gleichzeitig stellt uns die Verlagsbuchhandlung mit, daß zunächst als vierter Ausgabe erschienen: „Rechtliche Volkswirtschaftslehre“. Siebentes, neu bearbeitetes, bereicherte und vermehrte Auflage. Komplet in circa 18 bis 14 Heften a 20 A. Ferner wird ebenfalls mit dem Volks-Wirtschaftslehre erschienen: „Die Geschichte der Romane von 1871“ von Vissagay. Zweite vom Verfasser durchgesehene Auflage. (Illustrirte Ausgabe.) Komplet in 12 Heften a 20 A.

• Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. S. W. Dieß Verlag), ist nun soeben die Nr. 4 des 4. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien wir hervor:

• Geht uns Waschen! — Der Notstand vor dem Reichstag. — Die neueste Beschränkung der Konstitutionsfreiheit. Von S. Hochrad. — Weibliche Fabrikintendanten. — Aus der Schule. — Wir wollen Agitatoren sein. — Feuilleton: Konfessionskriegen. Von Mark Twain. (Schluß.) Eine Warnung (Schluß). — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

• Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2860) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 A; unter Kreuzband 85 A. Inzeratpreis die zweispaltige Zeile 20 A.

**Briefkasten.**

• **Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“** liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner der Nr. 7. 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

• **Grabow, S.** In Ihrem Eingangs wird nur größtentheils das wiederholt, was Sie bereits in Nr. 6 ausgeprochen haben, wir erachten daher die Aufnahme desselben für überflüssig.

• **Düffeldorf, W. und Kottow, E.** Auch die Schriftführer der Krankentafel dürfen Berichte nur auf einer Seite des Papiers schreiben. Für dieses Mal haben wir die Arbeit gemacht, die Berichte nochmals abzusprechen, künftig geschieht das aber nicht mehr.

• **Dremerhaven, W.** Wir bitten um jedesmalige Angabe. Kiel, R. Berichte, die bereits vier Wochen alt sind, bieten durchaus kein Interesse mehr, noch dazu, wenn sie nicht weiter enthalten, als die Angabe der Personen, welche in die jeweilige Verwaltung gewählt wurden.



Abrechnung

über die Verwaltung des officiellen Fahrgangs der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen 'Der Grundstein' vom 3. und 4. Quartal 1893.

Table with columns for items (e.g., An Abonnement für das 3. Quartal 1893), amounts, and sub-totals.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 30. Juni 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 30. September 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 30. September 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Abrechnung

über den Generalfonds der Maurer Deutschlands für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis ultimo Dezember 1893.

Table with columns for items (e.g., An Schönberg i. R.), amounts, and sub-totals.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 30. Juni 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Bilanz

Table showing financial status (Einnahme inkl. Kassenbestand, Ausgabe) as of 31. Dezember 1893.

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Einladung. Ich laden Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, in der Hauptversammlung...

Anzeigen

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Cipier (Weißbinder) und Statistiker Deutschlands 'Grundstein zur Einigkeit'...

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin II.

Großer Wiener Maskenball am Sonnabend, den 3. März 1894, in der Gröndler's Ballhaus...

Binneberg. Mitglieder-Verammlung am Sonntag, den 4. März, Nachmittags 4 Uhr...

Verammlungs-Anzeiger für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands...

Zentralverband der Statistiker, Cipier u. Deutschlands. Ein a. O. Sonntag, 4. März, Morgens 10 Uhr...

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Ritz & Co. in Hamburg.